

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags
an jedem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt
„Plauderblätter“ und „Allgemeinen Witz-Zeitung“.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.20
:: (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) ::
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 15 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Effenue in Oestrich und Eltville.
Fernsprecher No. 5.

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

No. 10.

Donnerstag, den 22. Januar 1914

65. Jahrgang

Erstes Blatt.

Die heutige Nummer umfasst 2
Blätter (8 Seiten).

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Zur Feier des Allerhöchsten Geburtstages
Sr. Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.
findet, wie üblich, ein Festessen statt.
Es soll Dienstag, den 27. ds. Mts., nachmittags 6 1/2
Uhr im Bahnhofshotel, hier, veranstaltet werden.
Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Listen zum
Einzeichnen liegen im Rathaus und im Bahnhofshotel offen.
Preis des Gedeckes 2.50 Mk. Kein Weinzwang.
Eltville, den 17. Januar 1914.

Das Komitee
J. A.:
Dr. Reutner, Bürgermeister.

Albanien.

Endlich scheinen die Schwierigkeiten bezüglich
Albanien's soweit aus dem Wege geräumt zu sein,
daß die Abreise des Prinzen zu Wied in absehbarer
Nähe gerückt ist. Wie aus Paris nach Wien gemeldet
wird, verlautet in offiziellen Kreisen mit großer Be-
stimmtheit, daß die französische Regierung davon be-
nachrichtigt worden sei, daß Prinz Wilhelm zu Wied
am 27. dieses Monats seine Reise nach Albanien an-
treten werde.

Der Tag der Ankunft des Prinzen ist noch nicht
festgesetzt und hängt noch von verschiedenen seitens
der Mächte zugesagten Maßnahmen ab. Diesbezüglich
findet jetzt zwischen den Kabinetten der Großmächte
ein eifriger Meinungsaustausch statt. Frankreich wird
im Einvernehmen mit Rußland und England sich allen
möglichen Maßnahmen anschließen, die seitens der Drei-
bündnismächte für die Ankunft des Prinzen in Du-
razzo vorgeschlagen werden. Sicher ist, daß der Prinz
eine starke militärische Eskorte, die aus Truppen der
sämtlichen Mächte besteht, bei seinem Einzuge in Du-
razzo vorfinden werde.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß mit Rücksicht auf
die augenblickliche Situation in Albanien der Prinz
seine Reise nach Durazzo mehrmals unterbricht, um
in Wien und Rom Besuche abzustatten, und daß sich
auf diese Weise seine Ankunft in Durazzo verzögert.
Ganz bestimmt kann man jedoch damit rechnen, daß
der Prinz Mitte Februar den Thron Albanien's be-
steigen wird.

Noch in den jüngsten Tagen schienen neue, unheil-
schwangere Wolken am Himmel des jüngsten Staates
Europas aufzutreten; doch geben die letzten Nach-
richten mehr Zuversicht in seine Zukunft. Aus Wiener
unterrichteten Kreisen wird mitgeteilt, die Lage sei
angeblich derart, daß man absolut keine unliebsamen
Überraschungen zu befürchten habe. Alle über Essad
Paschas Absichten verbreiteten Gerüchte seien entweder
erfunden oder gänzlich entstellt. Falls die Demission
Ismail Kemals zur Tatsache werden sollte, so werde
die internationale Kontrollkommission bis zur Ankunft
des Prinzen zu Wied die Regierungsgeschäfte weiter-
führen und gleichzeitig Essad Pascha der Rat erteilt
werden, ebenfalls seine Demission zu geben. Die Ent-
sendung von Kriegsschiffen werde nur dann erfolgen,
wenn ernstere Ereignisse eintreten sollten, was aber
gar nicht wahrscheinlich sei.

Dem Korrespondenten der Wiener „Neuen Freien
Presse“ hat Essad Pascha erklärt:
„Wir erwarten die Ankunft des Prinzen zu Wied
mit Freuden und werden zu ihm halten. Jede andere
Version ist böswillige Erfindung.“

Möge die rosigte Stimmung, die in Wien die
Oberhand gewonnen hat, in den Tatsachen ihre Rech-
fertigung finden.

Zur Arbeiterbewegung.

An die Verbindungen der christlich-nationalen
Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten Deutschlands
erläßt der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses
einen Aufruf, in dem es heißt:
In stolzer Freude schauen wir auf die Kongress-
tage in Berlin zurück. Der dritte Deutsche Arbeiter-
kongress hat allen Erwartungen voll entsprochen, die
wir auf ihn gesetzt haben. „Eine der eindrucksvollsten
und gehaltreichsten Arbeitertagungen der letzten Jahre“,
so spricht die Presse von unserem Kongress. Und
wir sagen: er war die bedeutendste Tagung, welche
die christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewe-
gung Deutschlands je veranstaltet hat.
Wir haben den sozialpolitischen Ernst der Stunde
erkannt, und unsere Verhandlungen sind ihm in allen
Punkten gerecht geworden. Wir wollen nicht, daß
gerüttelt wird an unseren sozialen Errungenschaften.
Wir brauchen keine neuen Gesetze zum „Schutz der

Arbeitswilligen und gegen die soziale Bewegung“. Die
bestehenden Gesetze reichen aus, um Entartungen und
Mißbräuchen zu begegnen. Ja, es gilt sogar, be-
stehende gesetzliche Bestimmungen zu bessern, da sie
sich bisher zu einem Hemmnis und zu einer Un-
gerechtigkeit gegenüber unseren Standesbestrebungen
ausgewachsen haben. Wir haben für Scharfmacher-
wünsche keinerlei Verständnis, und wir verwerfen sie.
Das haben wir auf dem Kongress feierlich erklärt.
Und auch das andere: daß die Sozialpolitik nicht
ruhen darf, daß sie vielmehr fortgeführt werden muß.
Der Beifall der Freunde sozialer Reform, wie die
bittere Schmähsung auf der anderen Seite haben be-
wiesen, daß wir verstanden worden sind.

Über nicht in der bloßen Abwehr sozial-rassistischer
Bestrebungen hat unser Kongress seine Stärke ge-
zeigt; was ihm selbst von unseren Feinden nachge-
rühmt werden muß, ist die sachverständige Durchleuch-
tung schwierigster sozialer Tagesfragen. Man nehme
die Frage der Lebensmittelversorgung, die Wohnungs-
frage, die Frage der Arbeitslosenfürsorge, — noch
nie hat bislang eine Arbeitertagung die Probleme
in so strenger Sachlichkeit und darum für Öffentlich-
keit und Regierungen so anregend und wegwesent
besprochen, wie es auf unserem Kongress geschah.

So ist unser Kongress Warner und Begleiter zu-
gleich geworden.

Nun aber gilt es, den Inhalt dieser fruchtbringen-
den Tage zum geistigen Eigentum unserer Mitglied-
schaften zu machen.

Unsere Mitglieder müssen von dem Geist, der
die Tagung beherrscht hat, vollständig durchdrungen
werden. Die Kenntnis dessen, was wir wollen, das
innere Verstehen unserer letzten Ziele und stolzes Ver-
trauen auf unsere Bewegung und deren Zukunft muß
sie erfüllen. Und durch sie, die Massen der christlich-
nationalen Angestellten und Arbeiter, sollen unsere
Anregungen sich in soziale Tat umsetzen. Die öffent-
liche Meinung bedarf fort und fort allerorts eine un-
ausgesprochene Beeinflussung. Lebensmittelversorgung,
Wohnfrage im Wohnungswesen und Arbeitslosenfür-
sorge stellen uns eine Fülle von Einzelaufgaben, deren
Weiterverfolgung in Staat und Gemeinde durch unsere
Organisationen angeregt und in Fluß gehalten wer-
den muß. Darum ergeht unser Aufruf zur Arbeit an
alle, die innerlich zu uns stehen!

Mit unserer entschiedenen Willenserklärung auf
dem Kongress haben wir die Gefahr sozialer Ver-
schlechterung noch nicht gebannt. Soll sie vollends
wirkungslös gemacht werden, dann heißt es Massen
aufstellen und Massen sammeln. Nur eine starke christ-
lich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung kann
eine dauernde Bürgschaft für gedeihliche Weiterent-
wicklung unserer sozialen Verhältnisse sein.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung aner-
kennt die Werte, die im christlichen Kulturgedanken
liegen und will sie nutzen für den Aufstieg der deut-
schen Arbeiterschaft. Unsere Bewegung ist national,
weil wir uns als einzelne wie als Bewegung ver-
wachen fühlen mit Land und Volk. Aber als voll-
wertiger Teil dieses Gesamtvolkes wollen wir erkannt
und anerkannt sein.

„Unser Ziel können wir indessen um so vollkom-
mener erreichen, je stärker wir sind an Zahl, je
umfassender unsere Organisationen, je mannigfaltiger
unsere Arbeit. Darum heißt unsere Losung: Stärkt
die christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewe-
gung!“

Gegen den Tabaktrust.

O umfangreiche Hausfuchungen, die in den letzten
Tagen bei nicht weniger als 23 Firmen der Tabak-
und Zigarettenbranche von der Dresdener Polizei vor-
genommen wurden, erregen großes Aufsehen. Zuerst
wurde allgemein angenommen, daß diese Hausfuchun-
gen mit dem Riesenzigarettenmuggel zusammenhän-
gen, der kürzlich an der böhmischen Grenze entdeckt
wurde. Nun steht aber fest, daß das Vorgehen dem
Tabaktrust galt. Es handelte sich darum, in erster
Linie festzustellen, ob die verdächtigen Firmen dem
amerikanischen Trust angehören, um gegebenenfalls
gegen sie nach Paragr. 128/29 des Reichsstrafgeset-
zbuches wegen Geheimbündelei einzugreifen.

§ 128 des Strafgesetzbuches bedroht die Teilnahme an
einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung oder Zweck vor
der Staatsregierung geheimgehalten werden soll oder in
welcher gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen be-
kannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird, mit
Gefängnisstrafe. § 129 bedroht ebenfalls mit Gefängnis-
strafe die Teilnahme an einer Verbindung, zu deren Zweck
oder Beschäftigung gehört, Maßregeln der Verwaltung oder
die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu
hindern.

Besonders umfangreich war der aufgebogene Apparat
bei der Hausfuchung in der Fabrik der Alltagsgesellschaft
Georg A. Jasmaghi. Während die Direktoren der Fabrik
sich in Berlin aufhielten, erschienen plötzlich zahlreiche Po-
lizeibeamte in dem Etablissement und nahmen eine pein-
liche zeitspendende Hausfuchung vor. Die Fabrik war in
dieser Zeit von der Außenwelt fast vollständig abgeschnitten.
Vor den Toren patrouillierten Gendarmen in Zivil und
bewachten die Eingänge. Auch die Telefonapparate wur-
den überwacht. Zu der Hausfuchung waren Polizeibeamte
herangezogen worden, die fremder Sprachen mächtig sind,
besonders der englischen.

Es scheint demnach, als sei die Regierung entschlossen,
die Trustbewegungen in der deutschen Tabakindustrie von
oben herunter energisch zu bekämpfen, und beginnt damit
in Dresden als dem Mittelpunkt des deutschen Tabakhan-
dels.

Die Direktion der Georg A. Jasmaghi A.-G. bemerkt
zu diesem Vorgehen, daß gerade sie ihre Verbindung mit
den ausländischen Gesellschaften an sich nie bestritten habe,
aber einen Trustcharakter für diese Beziehungen nicht
zugebe.

Nach der bisherigen Rechtsprechung richten sich die Be-
stimmungen der oben angeführten Paragraphen nur gegen
staatsgefährliche, also politische Organisationen, daß sie jetzt
auch auf wirtschaftlichem Gebiete zur Bekämpfung des
Tabaktrustes angewandt werden, dürfte neu sein. Ver-
mutlich will die Regierung sich unter allen Umständen in
den Besitz des ihr bisher verheimlichten Materials zur
Enquete über die Trustbildungen setzen.

Politische Rundschau.

+ Berlin, 21. Januar.

Der Kaiser nahm Dienstag vormittag im könig-
lichen Schloß die Vorträge des Reichsfinanzlers v. Beth-
mann-Hollweg, des Chefs des Militärkabinetts, Generals
der Infanterie Freiherr von Linder, und des Chefs des Ma-
rinakabinetts, Admirals von Müller, entgegen.

Die kaiserliche deutsche Militärmission? Der „Öst-
deutschen Rundschau“ in Wien wird aus Konstantinopel
gemeldet, daß außer dem General Liman v. Sanders
auch die übrigen Offiziere, die der deutschen Militär-
mission angehören, keine leitenden Stellungen mehr
bekleiden, sondern ausschließlich als Instruktoren den
türkischen Befehlshabern zugeteilt werden sollen. —
Ender Pascha habe in der Petersburger „Nowoje
Wremja“ erklärt, daß er „kein besonderer Freund
Deutschlands“ sei, und von der Auffassung durch-
drungen wäre, daß die Zukunft der Türkei auf guten
Beziehungen zum benachbarten Rußland beruhe, er
werde alles tun, um diese Beziehungen zu den besten
zu gestalten. Im Lichte eines solchen Bekenntnisses
erscheine die „Kaltstellung der deutschen Militär-
mission“ als eine bedauernde diplomatische Nieder-
lage Deutschlands, die in Berlin schwer verstimmen
dürfte.

Rußland und die deutsche Militärmission. Zu
der Frage der deutschen Militärmission läßt sich die
„Agence Havas“ aus Petersburg melden, daß alle effek-
tive Kommandogewalt von der deutschen Militär-
mission fortgenommen sei und daß die russischen For-
derungen sämtlich bewilligt wurden. Infolgedessen be-
trachte man in Rußland in den offiziellen Kreisen
die Angelegenheit Liman von Sanders als erledigt.

Säbener Nachklänge. Wie der „Erfasser“ aus
guter Quelle erfährt, wird das Infanterie-Regiment
Nr. 99, das auf die Truppenübungsplätze Wittich und
Hagenau verteilt ist, bis zum Oktober dieses Jahres
dort verbleiben. Darauf wird das Regiment nach
Straßburg in Garnison kommen. Ueber die Verle-
gung eines anderen Regiments nach Säben schreiben
auch Verhandlungen. — Die „Straßburger Neue Ztg.“
schreibt: Zweijährig-Freiwillige aus verschiedenen Orten
des Elsaß haben sich in den letzten Tagen bei preußi-
schen Regimentern in elsaßischen Garnisonen zur Unter-
suchung gestellt. Die Tauglichen sind angenommen
worden. Einige Tage nach der Annahme haben sämt-
liche Tauglichen ohne Ausnahme die Mitteilung zuge-
schickt bekommen, von der Einstellung müsse abge-
sehen werden.

Säbener in der elsaß-lothringischen Kammer. Die
Erste Kammer des elsaß-lothringischen Landtages be-
schäftigte sich am Montag mit der Interpellation über
Säben. Staatssekretär Jörn von Bulach erklärte na-
mens der Regierung, daß diese von der in Aussicht
gestellten Nachprüfung der preussischen Dienstvorschriften
die nötige gesetzliche Klarheit erwarte. — Eine
von 18 Mitgliedern der Kammer unterzeichnete Re-
solution wurde eingebracht, in welcher die Erste
Kammer die Vorkommnisse in Säben beklagt. Die
Interpellanten sind der Ansicht, daß der militärische
Befehlshaber, auch wenn er sich zum selbständigen
Eingriff befugt erachtete, jedenfalls in einer das recht-
liche Empfinden verletzenden Weise sich eine schwere
Ueberschreitung seiner Befugnisse hat zuschulden kom-
men lassen. Die Interpellanten sind schließlich der
Ansicht, daß gegen die Wiederholung solcher Vor-
kommnisse eine sichere Garantie gegeben werden
muß. Die Resolution wurde bekämpft von Professor
Laband und zwei Generalen. Bürgermeister Dr.
Schwamber trat für die Resolution ein, ebenso Graf
Andlau und der Präsident der Straßburger Han-
delskammer. Die Kammer ersuchte schließlich die Re-
gierung, an maßgebender Stelle eine Entscheidung
herbeizuführen.

Präsident Poincaré beim deutschen Botschafter.
Ueber die Sairee beim deutschen Botschafter in Paris,
Herrn von Schoen, wird berichtet, daß das Fest einen
überaus glänzenden Verlauf nahm. Die Zahl der
Gäste wird auf 2000 geschätzt, doch dürften sich im
Laufe des Abends noch doppelt so viele Gäste einge-
funden haben. Präsident Poincaré nebst Gemahlin
waren erschienen, und auch das gesamte Ministerium
Doumergue, wie auch die Mitglieder des zurückgetre-
tenen Ministeriums Barthou, das gesamte diplomatische
Korps, alle großen Politiker Frankreichs, der Ma-

quiert von Paris und die Vertreter der Presse waren zugegen. Unter den Anwesenden bemerkte man ferner den deutschen Botschafter in Konstantinopel, Freiherrn von Wangenheim, sowie die hervorragenden Mitglieder der deutschen Kolonie. Das Fest begann um 10 Uhr abends, aber reihweise mußten die Gäste bis um 11 Uhr vor den Toren der Botschaft warten, ehe sie Zutritt erhielten, da der Andrang zu groß war. Die Pariser Presse kommentiert den Besuch des Präsidenten Poincaré auf der deutschen Botschaft nur sehr spärlich. Die offiziellen Blätter zeigen ganz offen das Bestreben, die Angelegenheit als eine rein private Sache zu betrachten und bringen die Nachricht fast sämtlich unter der Rubrik „Aus der Gesellschaft“. Auch die unabhängige Presse ist durchaus nicht geneigt, die politische Tragweite des Besuches zu überstreben, und begrüßt den Besuch als ein Zeichen des guten Einverständnisses, das augenblicklich zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich herrscht. Die nationalpolitischen Blätter natürlich sind mit diesem „Staatsstreich“ Poincarés sehr unzufrieden, und die „Libre Parole“ kommentiert ihn mit verschiedenen unhöflichen Randbemerkungen.

Die Stellungnahme Deutschlands in der Inselfrage soll in Konstantinopel verschärft haben. Eine hochstehende türkische Persönlichkeit soll sich also geäußert haben:

Die Türkei habe volles Vertrauen zu Deutschland und enge Beziehungen zu ihm gehabt, so daß Ausland deswegen aufässig wurde. Die Türkei hätte darum nie geglaubt, Deutschland könnte kurz nach Ankunft der Militärmission die türkische Sache so verlassen. Die türkische Enttäuschung sei sehr groß, aber die Türkei werde auf dem Wiedererwerb beider Inseln bestehen wegen der Nähe der Ägäis und des jährlichen Ertrages von über fünf Millionen.

Auf die Frage, warum die türkische Regierung so anfreundlich gegen die Dreibundpolitik war und gestattete, daß Iszet Pascha als Kriegsminister einen Putz in Albanien vorbereitete, konnte die Persönlichkeit keine befriedigende Antwort geben.

Staatssekretär Delbrück über den Arbeiterkongress. Staatssekretär Delbrück, der Lokomotivführer der Reichssozialpolitik, verbreitete sich am Dienstag im Reichstag über den Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter in gewerblichen Betrieben. Bei der Beratung seines Etats nahm er zu den Anregungen von verschiedener Seite Stellung. Wir geben aus seiner Rede den darauf bezüglichen Teil ausführlich wieder:

Die zweite Besondere richtet sich darauf, daß nicht genug zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter getan werde. Dagegen sei erinnert an eine ganze Reihe von Fortschritten auf organisatorischem Gebiete. Wir haben die Möglichkeit gegeben, zum Erlaß von Verordnungen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter auf Grund der allgemeinen Bestimmungen der Gewerbeordnung. Jetzt sind die Landeszentralbehörden in der Lage, einzugreifen, wenn es der Bundesrat nicht tut, und jetzt können auch die Ortspolizeibehörden eingreifen, wenn wegen der Verschleidenartigkeit der Verhältnisse die Landeszentralbehörden nicht Verordnungen erlassen können. Die Tätigkeit dieser mittleren und unteren Verwaltungsorgane wird gefördert dadurch, daß unter Mitwirkung des Reichsgesundheitsamtes die Grundsätze festgelegt sind, nach denen im einzelnen vorgegangen werden muß. Diese Vielheit bedeutet eine Verbesserung, denn sie ermöglicht es, überall da einzugreifen, wo eine generelle Regelung dies verbietet. Wenn dazu noch erwähnt wird, daß neuerdings in Preußen die Gewerbeaufsichtsbeamten zu einem unmittelbaren polizeilichen Eingreifen befugt sind, so wird man zugeben müssen, daß auch für den Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter unendlich viel geschieht, auch wenn keine Bundesratsverordnungen erlassen werden.

Was uns zu tun bleibt, ist nicht gesetzgeberische Arbeit — auf jedem Gebiete erschöpft sich ja einmal die Möglichkeit des Erlasses neuer Gesetze —, sondern Detailarbeit einzelner Beamten und Behörden. Das ist auch einer der Fortschritte in den letzten drei Jahrzehnten. Wir haben geschulte Beamte, die Kenntnis und Verständnis zur Beurteilung sozialpolitischer Fragen haben. Diesen Erfolg möchte ich auch noch ausdrücklich hervorheben. Ueber den Wert und die Bedeutung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung ist in letzter Zeit auch abfällig geurteilt worden. Meines Erachtens zu Unrecht. Der Abgeordnete Döhr hat im vergangenen Jahre angeregt, das Material über ihre Wirkungen zu sammeln. Ich bin dieser Anregung gern entgegengekommen, und die Denkschrift darüber wird Ihnen in einiger Zeit vorgelegt werden. Sie soll nicht einzelne Anekdoten, sondern unanfechtbare wissenschaftliche und statistische Grundlagen bieten. Einstweilen verweise ich auf die beachtenswerte Schrift des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann. Wenn wir augenblicklich in der Sozialpolitik nicht vorwärtsdrängen, so hat das darin seinen Grund, daß sozialpolitische Probleme nicht vorliegen.

Parlamentarisches.

Ein Geschenktausch, nach dem die Übernahme von Kreditbürgschaften für Kleinwohnungsbauteile für Beamte ermöglicht werden soll, kündigte in der Budgetkommission des Reichstages Ministerialdirektor Bewald an.

Bezüglich der Konkurrenzkauf: Entschieden sich die Gewerbeordnungskommission des Reichstages dahin, daß die Gehaltsgrenze auf 1800 Mark festgesetzt werde. Die Entschädigungssumme wurde auf die Hälfte festgesetzt.

Eine Erhöhung der Zeugengebühren beschloß die Reichstagskommission für die Gebührenordnung dahin, daß der Zeuge für seine Zeitverräumung eine Entschädigung von 0,30 bis 1,50 Mark statt bisher 0,10 bis 1,00 Mark erhalten soll. Die Regierung behält sich die Stellungnahme zu diesem Beschlusse vor.

Arbeitslosigkeit und Deutenot. In der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses brachte ein konservativer Redner die Tatsache zur Sprache, daß die Arbeitslosigkeit in den Städten der Deutenot auf dem Lande gegenüberstehe. Es sei zu erwägen, ob nicht die Ausgaben für Rechtsauskunftsstellen und Arbeitsnachweise zu dauernden zu machen seien. Der Minister erwiderte, daß sich bisher erhebliche Schwierigkeiten gezeigt hätten bei dem Bemühen, städtische Arbeiter wieder auf das Land zu ziehen. Allerdings seien diese Bemühungen in der letzten Zeit etwas erfolgreicher gewesen. Staatliche Beihilfen für Rechtsauskunftsstellen werden nur an Gemeinden und Kreise gewährt, welche die Rechtsauskunftsstellen unentgeltlich erteilen. Es bestehe nicht die Absicht, anderen derartigen Einrichtungen Konkurrenz zu machen.

Europäisches Ausland.

Türkei.

Die Inselfrage. In türkischen Regierungskreisen weicht man mit Nachdruck darauf hin, daß die Türkei von dem Beschluß der Mächte über die Aufstellung der Inseln im Ägäischen Meere keinerlei Nachricht erhalten hat. Die türkische Regierung werde daher unter allen Umständen gegen die Wegnahme von Chios und Mytilene energisch protestieren und die erste Gelegenheit benutzen, um ihre Rechte geltend zu machen. — Die Anarchie in allen Teilen des Landes ist so groß, daß eine Intervention Europas notwendig erscheint. Italien soll auch bereits beschlossen haben, einen Panzerkreuzer nach Salona zu entsenden. Ueber eine internationale Flotendemonstration schweben Verhandlungen. Rußland erklärte, sein Standpunkt in dieser Frage

hänge wesentlich von dem Vorgehen Englands und Frankreichs ab.

Die Türkei kauft weitere Kriegsschiffe. Sie versichert sich eines aus einer amerikanischen Werft seiner Vollendung entgegengehenden, für Rechnung Argentiniens erbauten Dreadnoughts.

Zum Fall v. Sanders wird von autoritativer, dem Kriegsminister nahestehender Seite dem Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ berichtet, daß nur Zweckmäßigkeitsgründe den Ausschlag gegeben hätten, wenn General Liman von Sanders zwar zum Marschall ernannt, ihm aber keine neuen Funktionen verliehen worden seien. Es sei dies in vollkommener Uebereinstimmung mit dem Kriegsminister geschehen. Der Chef der deutschen Militärmission habe ein unbefränktes Inspektionsrecht. Sein Reformwerk werde in keiner Weise dadurch beeinträchtigt, sondern weit eher gefördert.

Enver Paschas Sorgen. Einem Mitarbeiter der Wiener „Neuen Freien Presse“ antwortete Enver Pascha auf die Frage, ob er an einen Krieg zwischen der Türkei und Griechenland wegen der ägäischen Inseln glaube, er habe nur die Aufgabe, das türkische Heer zu reorganisieren. Bezüglich Iszet Pascha erklärte Enver: Iszet Pascha sei nicht aktiver türkischer General, wenn er wirklich Absichten in Albanien gehabt hätte, hätte er da nicht schon längst in Albanien persönlich für seine Sache kämpfen müssen, anstatt in Konstantinopel zu bleiben? Die türkischen Offiziere in Albanien seien eben auch keine türkischen Offiziere mehr. Was sollte die Türkei in Albanien wollen? Es liege so weit, und wenn auch die Türkei die Absicht habe, von den verlorenen Gebieten möglichst viel wieder zurückzugewinnen, so habe sie derzeit viel näherliegende Sorgen. — Die Äußerungen Enver Paschas werden nicht verfehlen, Aufsehen zu erregen. Wenn man auch geneigt ist, Äußerungen Envers, der stark zu Grob- sprecherei neigt, nicht allzu wörtlich zu nehmen, so ist es doch der türkische Kriegsminister und nicht mehr der abenteuerlustige Enver bei der Jahre 1908 bis 1913, der diese Kriegsdrohungen ausspricht.

Militärische Vorbereitungen in der Türkei. Im türkischen Kriegsministerium herrscht eine fieberhafte Tätigkeit. Der Kriegsminister hat den Kommandanten aller Armeebezirke den Befehl erteilt, die Reservetruppen der Jahrgänge 1890-92 bereit zu halten, um bei dem ersten Alarm sofort unter die Fahnen zu gehen.

Albanien.

Keine weiteren Kämpfe bei Elbasan. Seitdem die Anhänger Essad Paschas von der Regierungsgendarmerie geschlagen und zurückgeworfen worden sind, haben sie keine neuen Angriffe mehr unternommen. Die Bewohner der Umgegend von Elbasan haben die Versicherung abgegeben, daß sie nichts Böses gegen die Stadt und die Regierung im Schilde führen.

Bestimmungen über die Lage in Albanien. Telegramme der Mitglieder der internationalen Kontrollkommission an ihre Regierungen lassen erkennen, daß man in der nächsten Zeit mit einer Verschlechterung der Lage in ganz Albanien rechnen, und zwar nicht nur in Salona. Die internationale Kontrollkommission sieht sich um so größeren Schwierigkeiten gegenüber, als zwischen ihr und dem Präsidenten der provisorischen Regierung, Zemail Kemal Bei, ernste Differenzen entstanden sind.

Italien.

Italien und die Türkei. Der italienische Botschafter bei der Pforte hat Schritte unternommen, um die Erfüllung der Lausanner Friedensbedingungen durchzusetzen. Er verlangt besonders die endliche Abberufung der regulären türkischen Truppen aus der Chrenaiia.

England.

Wachen der politischen Verhaftungen. Die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, die wegen Verdachts politischer Umtriebe vorgenommen werden, mehren sich in letzter Zeit sehr stark. Namentlich unter den Mitgliedern der Gewerkschaften und Arbeitervereine wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. So wurden in den letzten Tagen gegen 40 Arbeiter und 10 Angestellte der Straßenbahn ins Gefängnis gebracht.

Amerika.

Mexiko.

Etwa 4000 Flüchtlinge von der Armee Huertas, Männer, Frauen und Kinder, sind auf der Flucht vor den Rebellen in Veracruz eingetroffen, wo sie von der Regierung der Vereinigten Staaten mit Lebensmitteln versehen wurden und Wohnungen erhalten sollen. Die Flüchtlinge waren gezwungen, die Stadt Ojinaga infolge der plötzlichen Ueberumpelung durch den Rebellenführer General Villa Hals über Kopf zu verlassen. Sie hatten nicht einmal Zeit, die allernötigsten Kleidungsstücke mitzunehmen. Die Flüchtlinge litten auf dem Wege nach Veracruz unagbar unter Hunger und Kälte. — Huerta befindet sich in einem an Rajerei grenzenden Zustande darüber, daß die Regierung der Vereinigten Staaten täglich 1500 Dollars für den Unterhalt der auf amerikanischen Territorien entworfenen Bundesstruppen verlangt.

Ein Indianeraufstand macht die Lage noch verwickelter. Im Staate Puebla befinden sich die Sarrano-Indianer wieder auf dem Kriegspfade. Man befürchtet, daß die Verbindung zwischen Veracruz und der Hauptstadt abgeschnitten werden könnte. Die Revolte der Indianer soll mit der Bewegung der Konstitutionalisten in Zusammenhang stehen.

Haiti.

Niederlage der Regierungstruppen. Die Regierungstruppen sind von den Rebellen in einer großen Schlacht in der Nähe der Stadt Haiti vollständig geschlagen worden und befinden sich in zügelloser Flucht. Der haitianische Kriegsminister soll sich auf einen ausländischen Dampfer geflüchtet haben.

Äfrika.

Marokko.

Die Lage in Marokko. Nach aus Marakech in Tanger eingetroffenen Meldungen sind die Truppen des Mahen ohne Schwertstreich in Agadir eingezogen.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Vertrag, 21. Jan. Nächsten Sonntag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, hält die hiesige Ehrengarde im Gasthaus Rühn eine Kaisergeburtstagsfeier ab. Da dieser Verein, wie ja allgemein bekannt ist, den Zweck hat, die kirchlichen Feierlichkeiten zu verschönern, ist er auch berechtigt als Militärverein Seiner Majestät unserem Kaiser zu huldigen. Alle Freunde und Gönner des Vereins sind zu dieser Feier herzlich willkommen. Nach Abhaltung der patriotischen Vorträge und Lieder findet eine Verlosung zur Unterhaltung statt. Die Musik wird von der allbeliebten Kapelle Steinmetz ausgeführt. Jedenfalls stehen allen Besuchern einige recht genussreiche Stunden bevor.

Elville, 20. Jan. (Fahrpreisermäßigung für Versicherte.) Die im Gebiet der deutschen Eisenbahnen gültigen Fahrpreisermäßigungen für mittellose Kranke und andere hilfbedürftige Personen ist auf die Witwen der Versicherten der Versicherungsanstalten ausgedehnt worden. Mitglieder von Krankenkassen, die zur Besuchbehandlung durch Spezialärzte oder zum Gebrauch medizinischer Bäder

auf Kosten der Kasse reisen, haben ebenfalls Fahrpreisermäßigung.

Kiedrich, 21. Jan. Am kommenden Sonntag, den 25. Jan., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus „zur Krone“ die ordentliche Jahres-Hauptversammlung des hiesigen „Bürgervereins“ statt. Die umfangreiche Tagesordnung ist in den beiden Anschlagkästen des Vereins ersichtlich. Nichtmitglieder, welche dem gemeinnützigen Verein beitreten wollen, werden zu Beginn der Versammlung aufgenommen und können an der Versammlung teilnehmen. Das Eintrittsgeld beträgt nur 20 Pfg., der Jahresbeitrag 1 Mk., inkl. des Verbandsorgans.

Erbach-Rheingau, 21. Jan. Zu Ehren des Geburtstages Sr. Majestät unseres Kaisers und Königs findet am Sonntag, den 25. d. M., abends im „Hotel Engel“ dahier das Kaiseressen statt, wozu sich die Teilnehmer sehr zahlreich gemeldet haben.

Hattenheim, 21. Jan. In der Landes-Heil- und Pflanz-Anstalt Eichberg fanden vom 1. April 1912 bis 31. März 1913 nach dem soeben erstatteten Bericht des Direktors Dr. Bachmann 966 Kranke, gegen 1043 im Vorjahre, Aufnahme. Hiervon gehörten 235 nach Wiesbaden, 138 nach Frankfurt, nach den Kreisen Höchst 90, Wiesbaden-Land 88, Rheingau 62, Dill 9, Oberwesterwald und Westerburg je 7, Unterwesterwald 27, Oberlahn 10, Limburg 14, Unterlahn 23, Uffingen 5, Obertaunus 30. 9 Kranke waren von auswärts, 116 waren Landarme und 4 Militärpersonen. Im Berichtsjahre wurden der Anstalt 231 Kranke zugeführt. In 59 Fällen wurde bei diesen als Ursache für den Ausbruch der Geistesstörung erbliche Belastung, in 34 Alkoholmißbrauch, in 11 Fällen Syphilis festgestellt. Mit dem Strafgelehr waren von den Neuangenenommenen 52 (43 Männer und 9 Frauen) in Konflikt geraten. Zur Entlassung kamen 159 Personen, es starben 48. Die Zahl der Verpflegungstage betrug 287 727, die Kosten der Verpflegung pro Kopf und Tag rund 81 Pfennig, gegen 77 Pfg. im Vorjahre. Den bedürftigen Kranken aus den Kreisen St. Goarshausen, Rheingau und Wiesbaden-Land wurden sechsmonatliche Freistellen gewährt und einem Kranken aus dem Untertaunuskreis wurde eine der fünf Kagenelobgener Freistellen, die freigegeben war, zuteil.

Hattenheim, 22. Jan. Wie alljährig, so hält auch in diesem Jahre der hiesige „Männergesangsverein“ am Fastnachtsontag seine Veranstaltung (Theater mit Ball) ab. Der Verein ist ja schon öfters mit seinen Leistungen hervorgetreten und nach dem bis jetzt aufgestellten Programm, worunter die beiden Nummern: „Peter Bach“ und „Gewechselten Rollen“ besonders hervorzuheben sind, stehen wieder einige genussreiche Stunden in Aussicht. Der Verein beteiligt sich auch am Gefangenschaftsfest in Erbach, Rhg.

Winkel, 22. Jan. Ein seltener hoher Kunstgenuss in gefanglicher wie musikalischer Hinsicht steht uns in den nächsten Tagen hier bevor. Am Sonntag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, werden im „Rheingauer Hof“ hier Frau Hanna Oldigs-Orten, Altistin aus Amsterdam, Herr Fritz Schlotthauer, Regisseur und Hofkapellmeister vom Mainzer Stadttheater und Herr Julius Walther, Lautenfänger aus Darmstadt einen „Bunten Abend“ mit vorzüglich gewählter Vortragsfolge veranstalten. Ueber anderweitige Veranstaltungen dieser Künstler finden wir in Zeitungen u. A. folgende schmeichelhafte Kritik: „In Frau Hanna Oldigs-Orten aus Amsterdam und Herrn Julius Walther aus Darmstadt lernten wir zwei Künstler kennen, denen Gott einerseits eine herrliche Stimme, andererseits Wit und Humor verliehen hat. Frau Orten besitzt eine volle schöne Altstimme, die besonders in den Tiefen ein klangvolles Timbre hat und in der Höhe fast dem Sopran gleicht. Gut geschult und mit künstlerischer Auffassung der gestellten Aufgabe begabt, trug uns die Sängerin eine Reihe bekannter, teils neuer reizender Lieder vor, denen der Lautenfänger Herr Julius Walther mehrfach durch seine Bearbeitung einen neuen, eigenartigen Odem eingegeben hatte. Unverkennbar ist auch dieser Herr ein Genie wie seine Partnerin und begleitete er sich zu seinem reizenden Chansons temperamentvoll und doch dezent auf einer über 120 Jahre alten Laute vorzüglichsten Klänge. Zum Schluß des genussreichen Abends gaben die Künstler in 4 reizenden Duetten ihr Bestes und ernteten stürmischen und wohlverdienten Beifall. Herr Karl Orth aus Mainz begleitete die Sängerin in vollenbeter und darum sehr ansprechender Weise. Hoffentlich haben wir bald wieder Gelegenheit, die Künstler bei uns begrüßen zu können. Eines freundlichen Empfanges können sie dann sicher sein!“

Geisenheim a. Rh., 21. Jan. Der Kaufmännische Verein Mittel-Rheingau hält am Donnerstag, den 29. Jan. 1914, abends 8 1/2 Uhr, in seinem Vereinslokal „Hotel zur Linde“ in Geisenheim seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab.

Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. Erstattung des Jahresberichtes pro 1913.
2. Vorlage des Rechnungsabchlusses pro 1913 und Genehmigung desselben.
3. Entlastung des Kassierers und des Vorstandes.
4. Wahl der Stimmzähler und dreier Rechnungsrevisoren.
5. Festsetzung der Jahresbeiträge.
6. Erledigung von Beschwerden und eingelaufener Anträge:
 1. Aufhebung der Vereinsabende in Winkel.
 2. Einführung eines Handelshochschuljahres.(Staatsbürgerliche Vorträge).
7. Wahl des Vorstandes pro 1914.
8. Wahl der Bibliothekare pro 1914.
9. Wahl der Vergütungskommission pro 1914.
10. Vorlage des Voranschlages pro 1914.
11. Bestimmung über das Vereinsvermögen.

Geisenheim, 21. Jan. Nächsten Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 4 Uhr, hält der Geflügelzuchtverein Mittel-Rheingau im Vereinslokal „Zum Stolperer“ seine General-Versammlung ab.

Geisenheim, 20. Jan. Die hier abgehaltene Stadtverordnetenversammlung beschloß an die Verfertiger der Pläne für die Rheinanlagen — 4 Schüler der Königl. Wein- und Obstbauschule in Geisenheim — als Anerkennung für ihre Leistungen den Betrag von 100 Mark auszubahlen. — Da die Kommerziant Krayer'schen Erben die Führung der Gasleitung durch ihr Grundstück gestattet haben, soll mit der Verlegung des Rohrnetzes unverzüglich begonnen werden.

Geisenheim, 20. Jan. Die hier abgehaltene Stadtverordnetenversammlung faßte den Beschluß, den in der

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt
„Plauderflüßchen“ und „Allgemeinen Wälder-Zeitung“.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.20
:: (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) ::
Insertionspreis pro sechsspaltige Petitzeile 15 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Etienne in Oestrich und Eltville.
Fernsprecher No. 5.

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

No. 10.

Donnerstag, den 22. Januar 1914

65. Jahrgang

Zweites Blatt.

Wochenrundschau.

Die letztverflossene Woche brachte uns auf die Höhe der politischen Saison. Landtag und Reichstag waren mit den ernstesten Fragen unserer inneren Politik beschäftigt, die sich um die Staatsverhandlungen zu gruppieren pflegen und in deren Schatten der Preussentag und die Nachklänge von Zabern fast verschwinden.

Im Landtage gab es große Debatten um den Landwirtschaftsetat, die erkennen lassen, daß trotz unserer gewaltigen Industrie und ihrer mit Riesenschritten fortschreitenden Entwicklung doch um die Landwirtschaft alles sich kümmert und sie noch immer als der erstgeborene Sohn des preussischen Staates gilt. Sie leistungsfähig und stark zu erhalten, ist denn auch die Hauptfrage nicht nur der Staatsregierung, sondern auch fast sämtlicher Parteien. Deren hervorragendste Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß der Bauer zu schützen die Hauptaufgabe des Staates sein müsse. Alle Parteien mit Ausnahme der äußeren und äußersten Linken waren darin einig, daß das Schutzsystem mit allem, was drum und dran hängt, unbedingt erhalten werden müsse. Von den Parteien der Linken war es besonders der nationalliberale Abg. Schifferer, der mit aller Wärme für die Aufrechterhaltung des Schutzzolles mit samt der Einfuhrsteuer eintrat. „Für unser ganzes Land und Volk ist der Bauernstand von ausschlaggebender Bedeutung“, sagte er u. a. „Es ist geradezu eine rettende Tat der Parteien, die den Zolltarif geschaffen haben, daß sie die Bedeutung unseres Bauernstandes erkannt und ihr Rechnung getragen haben.“ Und er schließt mit der Mahnung, abgesehen von nebensächlichen Dingen im wohlverstandenen idealen und materiellen Interesse unseres ganzen Volkes. Selbst die Fortschrittliche Volkspartei zeigte sich ungemein bauernfreundlich und will es in dieser Beziehung mit jeder anderen Partei aufnehmen. Daß die Redner der Rechten Parteien mit allem Feuer für Bauernstand und Landwirtschaft eintraten, braucht hier nicht besonders erwähnt zu werden.

Auch im Reichstage kam die Landwirtschaft nicht zu kurz, wo die Debatten sich um die gesamte wirtschaftliche Lage drehten und wo Staatssekretär Dr. Delbrück das Programm der Regierung, das unbedingte Festhalten am Zolltarif und an den seitherigen Handelsverträgen, soweit sie uns nicht gekündigt werden, verkündete, wo diese aber gekündigt werden sollten, da werden die verbündeten Regierungen nicht zögern, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu verteidigen, Angriffe auf den derzeitigen handelspolitischen Bestzustand abzuwehren und etwa notwendig erscheinende Verbesserungen des Tarifs durchzuführen.“ Damit kann unsere Landwirtschaft wohl zufrieden sein und nun wieder mit vertrauensvoller Hoffnung in die Zukunft blicken. Aber auch die übrigen Stände haben alle Veranlassung, sich dieser Hoffnung anzuschließen, selbst der gedrückte Mittelstand, für den die Regierung mit aller Energie eintreten verspricht. Vor allen aber Handel und Industrie, die sich, wie der Staatssekretär in großzügiger Rede ausführte, eines Aufschwunges erfreuen, der alle Erwartungen übersteigen hat. Die Zuversicht gebe, daß sie auch bald die augenblickliche Depression überwinden dürfen. Hat doch Deutschland nicht nur Frankreich und die Vereinigten Staaten weit überflügelt, sondern ist auch dem britischen Gesamtlande nahe gerückt. An diesem Aufschwung nehmen aber auch alle anderen Stände entsprechenden Anteil; das Nationalvermögen allein in Preußen ist seit 1895 um über 40 Milliarden, von 63.857 auf 104.057 Millionen gewachsen, und die Steuererhebungen haben erwiesen, daß auch der kleine Mann in Deutschland in den letzten 20 Jahren in steigendem Maße in der Lage war, sein Vermögen zu vermehren. Kurz: Wir dürfen allesamt mit Vertrauen in die Zukunft blicken. Auf sozialpolitischem Gebiete ermahnte der Staatssekretär zu weisem Verhalten, nicht zum Stillstand, aber zu kräftigem Ausbau des bis jetzt Erreichten. Die Rede ist wert, von allen Deutschen an den Spiegel gestedt zu werden.

Die Wogen von Zabern haben sich noch immer nicht geglättet, und der „Preussentag“ am Sonntag hat auch kein glänzendes Del hineingeschüttet. „Ja, die Preise, die Späße mit“, sagte 1866 ein alter Kassauer, „die schießen auf die Zeit!“ Sie meinen's gut, aber sie verstehen's nicht, sich zu geben.

Im Auslande bildet noch immer Albanien das Schmerzenskind der europäischen Diplomatie, und man weiß noch immer nicht, was aus diesem ihrem jüngsten Kinde werden wird. Hoffentlich erscheint dort bald Prinz Wied auf der Bildfläche und schafft Ordnung. Wenn nur die leidige Geldfrage nicht wäre! Die Geldfrage spielt jetzt auch in Mexiko eine Hauptrolle, aber die halbverwilderten Südamerikaner kümmern sich wenig darum, was ihre europäischen Gläubiger sagen, sie fengen und brennen drauf los. Bis es den Mächten doch endlich zu toll wird und einige Granaten Frieden stiften. Armes Land, das unter solchen Auswüchsen des Parteidaders leiden muß!

Schneeschuhsport.

In jüngster Zeit wird nicht nur auf die rein militärische Ausbildung unserer Truppen in den verschiedenen Regimenten Wert gelegt, sondern auch nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse der Sport gepflegt. So treiben die in den Thüringischen Staaten garnisonierenden Infanterie-Regimenter Schneeschuhport unter Führung ihrer Offiziere. Selbstverständlich werden diese Übungen nach Möglichkeit mit Lösung taktischer Aufgaben verbunden, so daß sie für den militärischen Ausbildungsgang von Nutzen sind. Die Fortschritte in der deutschen Armee auf diesem Gebiete sind bereits ganz erhebliche.



Oben: Uebergabe einer Meldung. Unten: Eine Mannschaft mit dem führenden Offizier auf einem Patrouillenlauf in Thüringen.

Deutscher Reichstag.

□ Berlin, 20. Januar.

Im Reichstage stand heute zunächst die kurze Anfrage des Abg. Erzberger (Ctr.) wegen des Verbots der Tagesordnung, das Polizeipräsident von Jagow gegen die geplante Vereinigung Berliner Schutzmannschaften erlassen hat. Die Antwort erteilte Geheimrat Lewald. Nach Ansicht der Regierung lag für sie kein Anlaß zum Einschreiten vor; die Angelegenheit gehöre nicht dem Vereins-, sondern dem Beamtenrecht an. Im übrigen verwies der Regierungsdirektor auf die feineren Ausführungen des damaligen Staatssekretärs des Reichsamts des Innern, dem sich auch die Reichstagskommission angeschlossen habe. Er empfahl diese Frage, da gerade der Etat des Reichsamts des Innern zur Debatte stehe, im Rahmen der Etatsdebatte zur Sprache zu bringen. Danach wird die zweite Beratung des

Etats für das Reichsamt des Innern

fortgesetzt mit einer Rede des Abg. Kraehig (Soz.), der die Lage der Landarbeiter schwarz in schwarz schilderte.

Hierauf erteilte der Präsident das Wort dem Staatssekretär Dr. Delbrück zu einer sozialpolitischen Programmrede. In der Versicherungsgegesetzgebung müßte ein gewisser Abschluß als erreicht angesehen werden. Der Staatssekretär kündigte zwei Denkschriften an: eine über die Sicherung des Koalitionsrechtes und eine über die Sicherung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Eine verständige Sozialpolitik sei nach seiner Auffassung eine der Kraftquellen für das Deutsche Reich. Eine verständige Sozialpolitik müsse aber in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen bleiben. Hierauf kam der Redner auf den heutigen Stand der deutschen Volkswirtschaft zu sprechen. Unsere Wirtschaftspolitik habe im ganzen zweifellos große Fortschritte in Deutschland geschaffen. Sie habe uns seit 30 Jahren ermöglicht, die Sozialpolitik, wie wir es getan haben, durchzuführen. Wir haben demgemäß gar kein Interesse daran, an den Grundlagen unserer bewährten Zoll- und Wirtschaftspolitik zu rütteln. Die Regierung vertrete nach wie vor die Ansicht, daß unser bisheriger Zollschutz im allgemeinen genüge, daß er aber aufrecht erhalten werden müsse, und daß die Richtung unserer Wirtschaftspolitik im wesentlichen die selbe bleiben müsse. Insbesondere müsse der Land-

wirtschaft der Zollschutz nach wie vor erhalten bleiben. Es bestehe einzuwillen nicht die Absicht, dem Reichstag eine Novelle zum Zolltarif vorzulegen. Abg. Ehrhardt (Centr.) trat für die Wünsche des Mittelstandes ein. Der Mittelstand trage bereitwillig die hohen Kosten der sozialen Gesetzgebung, doch es müsse auch ein wenig mehr Rücksicht genommen werden auf seine Interessen. Auf seine Beschwerde über den heimlichen Warenhandel antwortete sogleich Ministerialdirektor Caspar, daß entsprechende Verordnungen ergangen seien. Abg. Böhm (Vd.) betonte, daß unsere Wirtschaftspolitik hinsichtlich unserer Abhängigkeit vom Auslande einen Stillstand hervorgebracht habe.

Hierauf vertagte man sich auf morgen.

□ Berlin, 21. Januar.

Die Wahlprüfungskommission hatte die Wahl des Abg. v. Liebert (Vp.) für ungültig erklärt. Der Abgeordnete hat, wie der Präsident heute dem Hause mitteilte, sein Mandat niedergelegt. Bei der sodann fortgesetzten zweiten Beratung des

Etats für das Reichsamt des Innern

führte der Abg. Weinsböck (Kons.) aus, daß die Konservativen mit dem gestrigen vom Staatssekretär Dr. Delbrück entwickelten wirtschaftspolitischen Grundsätzen einverstanden sind. Auch damit wollen sie sich zufrieden geben, daß vorerst eine Novelle zum Zolltarif nicht vorgelegt wird, obwohl sie ihn in einigen Punkten, wie Obst und Gemüse, Meeresrettich, Gerste und anderem Verbesserungsbedürftig halten. Gern hätten sie eine Erklärung gehört, daß die Regierung an dem bewährten Seuchenschutz festhalten wolle. Ministerialdirektor Müller gab eine dahingehende Erklärung ab. Abg. Gothein (Vp.) trat, wie der Staatssekretär es gestern getan, für eine Ruhepause in der Sozialpolitik ein. Die Zölle haben eine entsehlende Steigerung der Bodenpreise herbeigeführt. Geheimrat Müller wies darauf hin, daß bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht allein die Handels- und Zollpolitik, sondern auch die anderen Erwerbszweige, die chemischen und wissenschaftlichen, maßgebend gewesen seien. Der Abgeordnete Krenndt (Reichspartei) wandte sich zum Schluß noch gegen die Freihandelspolitik der Fortschrittler. Hierauf vertagte man sich.

Geschäftsbücher

aller Art
empfiehlt Adam Etienne.

Abgeordnetenhaus.

□ Berlin, 20. Januar.

Vor Eintritt in die Staatsberatung wurden der Entwurf betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Danzig nach erster Lesung an die Gemeindeforschung verwiesen und der Entwurf betreffend die Zuständigkeit der Gerichtspräsidenten der Amtsgerichte für die öffentliche Beglaubigung einer Unterschrift in dritter Lesung angenommen. Hierauf wurde die zweite Lesung des Etats beim

Landwirtschaftsetat

fortgesetzt. Abg. Morawski (Pole) suchte die Schwierigkeiten, die Russland in der Landarbeiterfrage mache, auf die Ostmarkenpolitik zurückzuführen, die für die ganze Landwirtschaft von Schaden sei. Deutschland kann, wie der folgende Redner, Abg. Hoesch (kons.), ausführte, sehr wohl den heimischen Fleischkonsum decken, wenn man der deutschen Landwirtschaft nur den nötigen Zoll- und Steuerzuschuß gewährt. In der Rüstung sei man vom Auslande unabhängig. Der Rationalist Abg. Schifferer verurteilte die Linke auf das Schicksal Englands, das unter dem Freihandel 60 v. H. seiner Bauern vernichtet und seine Bevölkerung nur noch zur Hälfte selbst ernähren könne. Deshalb sei die Aufrechterhaltung des Zollschutzes eine nationale Bedürfnisfrage. Nach ihm ergreift der konservativ Abg. Graf Woltke das Wort, der den Ausführungen des Abg. Hoff entgegentrat, aber auf der Tribüne unterbündlich blieb. Abg. Frors (Ctr.) lenkte die Aufmerksamkeit des Ministers darauf, daß im Rheinland bei Verpachtung von Jagden die Jagdordnung oft nicht eingehalten werde. Zum Schluß suchte Abg. Bachnick (Sp.) darzulegen, daß in England nicht der Freihandel, sondern die historische Entwicklung der Grundbesitzverteilung und die Sünden der Großgrundbesitzer den Niedergang der Landwirtschaft verschuldet hätten.

Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und das Gehalt des Ministers bewilligt. Die weitere Besprechung vertagte man auf Mittwoch.

□ Berlin, 21. Januar.

Nachdem man gestern mit der Bewilligung des Gehalts des Ministers die Generaldebatte zum

Landwirtschaftsetat

beendet hatte, trat man heute in die Einzelberatung dieses Etats ein. Beim Kapitel „Landwirtschaftliche Lehranstalten“ begründete Abg. Fäßbender (Ctr.) einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Beseitigung der Mißstände beim Handel mit Futtermitteln, Düngemitteln und Samereien. Die Abgg. Kassel (kons.), Lieber (natl.), Bahrenhorst (freil.) und Abg. Ehlers (Sp.) erklärten ihr Einverständnis mit dem Antrag. Landwirtschaftsminister v. Schorlemer konnte verkünden, daß die zuständigen Ministerien sich auf Vorschläge geeinigt haben, wonach die erforderlichen Eigenschaften für die einzelnen Verkaufsartikel im Gesetz festgelegt werden, und der Verkauf jener Artikel, die diesen Eigenschaften nicht entsprechen, verboten und bestraft wird. Abg. Frors (Ctr.) berichtete über durch unregelmäßigen Handel entstandene Schäden in der Landwirtschaft. Abg. Becker (Ctr.) möchte auch den fahrlässigen Verkauf unter Strafe gestellt sehen. Abg. Campe (natl.) fragte darüber, daß die in der Schweiz approbierten Tierärzte den Titel Dr. med. vet. in Preußen nicht führen dürfen. Abg. Wendlandt (natl.) wünschte, vor Erlass des vom Abg. Fäßbender beantragten Gesetzes eine Enquete zu veranstalten. Abg. Hoesch (Ctr.) verlangte die Errichtung eines großen Instituts zur wissenschaftlichen Erforschung sämtlicher auf landwirtschaftlichem Gebiete auftretenden Fragen. Nachdem noch der Landwirtschaftsminister seine Bedenken gegen das Zentralinstitut geäußert hatte, wurde der Antrag auf Errichtung der landwirtschaftlichen Zentralanstalt an die Agrarkommission verwiesen und der Antrag Fäßbender einstimmig angenommen.

Hierauf kam man zur Beratung des Antrages v. Pappenheim (kons.), dort, wo auf Antrag der Gemeinden religiöse Unterweisung in den Lehrplan der

Fortbildungsschulen

aufgenommen wird, die Genehmigung des Lehrplans lediglich aus diesem Grunde nicht zu versagen. Nach Begründung des Antrages durch den Antragsteller betonte Abg. Kaufmann (Ctr.) noch einmal die Forderung seiner Partei nach einem konfessionellen obligatorischen Religionsunterricht. Der Antrag sei nur

eine minimale Abschlagszahlung. Landwirtschaftsminister v. Schorlemer vertrat alsdann den Standpunkt der Regierung, die unter keinen Umständen einen Zwang zur Beibehaltung des Religionsunterrichts eingeführt wissen will, dagegen jederzeit bereit sei, die Genehmigung zur Aufnahme des Religionsunterrichts zu erteilen, wenn ein solcher Zwang nicht ausgesprochen wird. Abg. Dr. v. Campe (natl.) erklärte sich scharf gegen den Antrag, der nur die Brücke zur Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts sei. Abg. Ramdohr (freil.) meinte, daß von einem Zwange zur Beibehaltung an diesem Unterricht nicht gedacht sei. Abg. Graue (Sp.) lehnte namens seiner Partei den Antrag ab. Es sei nicht Aufgabe des souveränen Staates, den Ansprüchen der Kirche Konzessionen zu machen. Abg. Hoffmann (Soz.) stellte der Regierung die Unterstützung durch seine Partei in Aussicht. Der zweite Redner des Centrums, Abg. Marx verlangte mit Nachdruck, daß die religiöse Unterweisung als mindestens gleichberechtigt mit den anderen Unterrichtsfächern dem Staate anerkannt werde. Abg. Freiherr v. Nitzsch (kons.) befürwortete ebenfalls den Antrag, während Abg. von Campe (natl.) sich noch einmal ablehnend erklärte. Abg. v. Jellibek wollte für den Antrag stimmen, doch nur in dem Sinne, daß kein Zwang ausgeübt werde. Zum Schluß erklärte sich noch Abg. Szychynski (Pole) für und Abg. Hoffmann (Soz.) gegen den Antrag.

Hiermit schloß die Diskussion. Der Antrag wurde hierauf mit den Stimmen der Rechten und des Centrums und der Polen angenommen. Das Haus vertagte alsdann die Weiterberatung auf Donnerstag.

Dienstbotenversicherung.

Pflichten und Rechte.

1) Die Dienstbotenversicherung verursacht so einschneidende Änderungen im Dienstbotenverhältnis, daß es notwendig erscheint, noch einmal eingehend die Sache zu behandeln. Vor allem ist im Auge zu behalten, daß es sich um ein Werk der sozialen Fürsorge handelt, um die Ausdehnung dieser Fürsorge auf eine große Kategorie von „Arbeitern“, die bisher dieser Fürsorge nicht teilhaftig waren.

Vom 1. Januar 1914 ab unterliegen sämtliche Dienstboten der Reichsfrankenversicherungspflicht, nicht nur diejenigen, welche in Gewerbebetrieben ausschließlich oder nebenbei (Kontorputzen, Auslaufen usw.) beschäftigt werden.

Als Dienstboten gelten alle Personen, welche im Privatgebrauch oder in der Landwirtschaft beschäftigt werden gegen Lohn in bar oder in Naturalien. Bei der Versicherung wird indes ein Unterschied gemacht zwischen Privatsdienstboten und landwirtschaftlichen Dienstboten.

Zu den Dienstboten zählen nicht: Auswärtigen, Kochfrauen, Stubenfrauen, Vohndiener und ähnliche Personen, weil diese nicht zum Haushalt gehören, wenn sie auch hauswirtschaftliche Dienste leisten.

Versicherungspflichtig also ist vom Beginn des Jahres 1914 ab jeder Dienstbote, sofern er nicht ausdrücklich auf Antrag der Herrschaft für versicherungsfrei erklärt ist, und zwar von dem Tage an, an dem er die versicherungspflichtige Beschäftigung antritt. Die Anmeldung muß von dem Arbeitgeber binnen drei Tagen erfolgen, spätestens aber (falls dies die Satzungen der betreffenden Kasse zulassen) am letzten Werktag der Kalenderwoche, in der die dreitägige Frist ablaufen würde. Innerhalb derselben Frist sind Austritt aus der Beschäftigung und sonstige Veränderungen, die die Versicherungspflicht betreffen, z. B. Vohnerhöhung usw. anzumelden.

In der Regel sind die Dienstboten bei der Landfrankenklasse anzumelden, wo aber eine solche nicht besteht, was zumeist in den Städten der Fall ist, da gehören sie zur Allgemeinen Ortsfrankenklasse.

Das macht einen großen Unterschied bezüglich des Wahlrechtes. Bei den Landfrankenklassen werden nämlich die Mitgliedervertretung und der Vorstand nicht von den Mitgliedern und deren Arbeitgebern gewählt, sondern von der Vertretung des Gemeindeverbandes. Gehört dagegen der Dienstbote der Allgemeinen Ortsfrankenklasse an, so sind er und sein Arbeitgeber wahlberechtigt; wählbar sind sie in beiden Klassen.

Das Wahlrecht des Arbeitgebers steht dem Haushaltsvorstand zu. Das ist in der Regel der Ehe- mann. Nur wo dieser fehlt (bei Witwen, getrennt le-

benden Ehefrauen) steht das Wahlrecht der Frau zu. Mag auch die Ehefrau die Dienstboten annehmen, entlohnen, befehlen, entlassen usw., so gilt sie deshalb nicht als Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes und ist also auch nicht wahlberechtigt.

Die Kassenbeiträge sind von der Herrschaft zu zahlen, die zwei Drittel derselben dem Dienstboten am Lohn abziehen darf, jedoch nur bei der letzten und vorletzten Lohnzahlung. Paragr. 395 der Reichsversicherungsordnung sagt nämlich in Absatz 2: „Sind Abzüge für die Lohnzeit unterblieben, so dürfen sie nur bei der Lohnzahlung für die nächste Lohnzeit nachgeholt werden, wenn nicht die Beiträge ohne Verschulden des Arbeitgebers verspätet entrichtet worden sind.“ Bei Dienstboten gelten Abschlagszahlungen nicht als Lohnzahlungen.

Wo also monatliche Lohnzahlung stattfindet, darf z. B. bei der April-Lohnzahlung Ende April nur der Beitrag für April und März, nicht aber der für Februar in Abzug gebracht werden. Bei Jahreslohnzahlung darf selbstverständlich bei der Abrechnung der Dienstboten der anteilige Anteil der Beiträge für das ganze Jahr in Abzug gebracht werden, auch wenn die Beiträge über unregelmäßige Abschlagszahlungen stattgefunden haben. Nachträgliche Erstattung in bar kann die Herrschaft nicht verlangen.

Die Leistungen der Kassen an die Dienstboten sind die gleichen wie bei anderen Kassenmitgliedern. Die Dienstboten haben also mindestens zu fordern: Krankenspesen und Heilmittel und bei Arbeitsunfähigkeit Krankengeld (bis zu 26 Wochen), Wochengeld und Sterbegeld, auch andere von der betreffenden Kasse satzungsgemäß zu gewährende Leistungen, wie Fürsorge für Genesende, Geburtshilfe, Stillgeld usw.

Ausnahmen gibt es bei den Landfrankenklassen, und da zeigt sich der Unterschied, den das Gesetz bezüglich der ländlichen Dienstboten macht. Paragr. 420 bestimmt nämlich:

Auf Antrag des Arbeitgebers werden für die Dauer des Arbeitsvertrages unter Wegfall des Anspruchs der Versicherten auf Krankengeld die Kassenbeiträge entsprechend ermäßigt, wenn nachweislich mindestens

1. der Arbeitsvertrag auf ein Jahr abgeschlossen ist,
2. die Versicherten

entweder für das Jahr Sachleistungen im dreihundertfachen Werte des satzungsmäßigen täglichen Krankengeldes oder für den Arbeitsstag einen Entgelt im Werte dieses Krankengeldes beziehen und

3. ihnen ein Rechtsanspruch auf diese Leistungen für die Geltungsdauer des Arbeitsvertrages zusteht.

Ist der Versicherte über die Geltungsdauer des Arbeitsvertrages hinaus krank und arbeitsunfähig, so tritt sein Anspruch auf Krankengeld wieder in Kraft. Der Arbeitgeber hat der Kasse das Krankengeld zu erstatten. § 28 gilt entsprechend.

Die Beiträge werden durch die Satzung mit Zustimmung des Oberversicherungsamts nach dem Verhältnis des Krankengeldes zum Werte der anderen Kassenleistungen ermäßigt.

Das gilt aber nur für die in der Landwirtschaft beschäftigten Dienstboten. Sind diese Erfordernisse erfüllt, so kann der Arbeitgeber eines ländlichen Dienstboten (d. h. eines solchen, der in einem landwirtschaftlichen Betriebe tätig ist, nicht ein „Mädchen vom Lande“) beantragen, daß die Beiträge ermäßigt werden; es fallen dann aber im Krankheitsfalle die Leistungen der Kasse mit Ausnahme des Sterbegeldes fort. Das Nähere darüber müssen die Satzungen der betreffenden Kasse enthalten. Ist der Arbeitgeber nicht imstande, den eingegangenen Verpflichtungen aus Paragr. 420 nachzukommen, dann springt die Kasse ein, der dann der Arbeitgeber Ersatz zu leisten hat, was unter Umständen eine teure Geschichte werden kann.

Bezüglich der städtischen Dienstboten macht das Gesetz eine Ausnahme hinsichtlich der Krankenhauspflege. Die Kasse hat nämlich nach Paragr. 437 auf Antrag des Dienstberechtigten oder des Dienstboten die „erweiterte Krankenpflege“, auch wo diese durch die Satzungen nicht eingeführt ist, dem Erkrankten zu gewähren.

„Wenn die Krankheit anstehend ist oder wenn er nach ihrer Art in der häuslichen Gemeinschaft nicht oder nur unter erheblicher Verletzung des Dienstberechtigten behandelt oder versorgt werden kann.“

Es kann aber auch durch die Satzung eine Landfrankenklasse, und zwar nur eine solche, die „erweiterte Krankenpflege“ einführen, ohne daß die vorher (Paragr. 437) angegebenen Voraussetzungen gegeben

Die Flucht durch das Feindeslager.

Erzählung nach einer wahren Begebenheit.
Von A. Heerdegen.

91 (Nachdruck verboten.)

Er fürchtete sich nicht, Auge in Auge dem Feinde gegenüber zu stehen. Allein der Ritt in der undurchdringlichen Dunkelheit erfüllte ihn mit Unbehagen, dessen er trotz aller Anstrengungen nicht Herr zu werden vermochte.

Jetzt befand sich der Zug schon dicht in der Nähe der aragonischen Grenze.

Da durchbrach plötzlich ein greller Blitz die Dunkelheit und das Schweigen.

Ein Aufschrei aus verschiedenen Reihen ertönte. Einige der Carlisten stürzten schwer getroffen von ihren Rossen nieder. Im nächsten Augenblick fielen von allen Seiten Schüsse wie Hagelregen auf sie hernieder.

Und von rechts und links, von vorn und hinten stürzten feindliche Scharen auf die Carlisten los, die in der Dunkelheit sich gegen diesen Ueberfall kaum zu wehren vermochten.

Nie war ein Gefecht mit so wilder Erbitterung von beiden Seiten geführt worden, als dieser wilde Kampf in der dunklen Nacht.

Die Uebermacht der Christinos war eine so große, daß die Gegenwehr der Carlisten fast aussichtslos erschien, und dennoch wehrten sie sich mit dem ganzen Mut der Verzweiflung.

Die Furchtbarkeit des Kampfes wurde noch dadurch erhöht, daß es bei der herrschenden Dunkelheit für die Kämpfenden kaum möglich war, Freund und Feind voneinander zu unterscheiden.

Nur das Aufflammen der Schüsse erleuchtete den schrecklichen Kampf, und bei dem Blitz einer Kugel gewahrte Rodriguez Cano plötzlich, daß General Cabrera im Sattel wankte und dann langsam herabglitt.

Cabrera war verwundet. So schmerzhaft, als hätte die Kugel ihn selbst getroffen, durchzuckte diese Gewißheit die Brust des jungen Offiziers. Er gab seinem Pferde so heftig die Sporen, daß es sich hoch auf-

bäumte, dann aber seinen Reiter mitten durch das Gewühl der Kämpfenden an Cabreras Seite trug.

Dieser hing halb bewusstlos im Sattel, über und über mit dem Blute bedeckt, das aus einer breiten Brustwunde floss.

„Unser General ist verwundet, rief Rodriguez einigen in der Nähe stehenden Lanciers zu, die zu denen gehörten, welche sich stets in eifrigen Schmeicheln Worten um des Generals Gunst bemüht hatten. „Nehmt ihn in eure Mitte und flieht mit ihm, so schnell euch eure Rösse tragen. Er darf nicht sterben!“

Die Angeredeten befolgten diese Worte sofort. Den schwer verwundeten General Cabrera in ihre Mitte nehmend, jagten sie davon. Rodriguez Cano sammelte seine Mannschaft um sich und blieb zurück. Cabreras Rettung hing jetzt davon ab, daß er ihm einen möglichst großen Vorprung vor den verfolgenden Feinden verschaffe, indem er mit seinen Getreuen durch äußerster Gegenwehr die Feinde zurückhielt.

Jedoch durch diese tollkühne Gegenwehr gegen die ungeheure Uebermacht wurde diese nur noch erbitterter, es drangen die Feinde mit so großer Uebermacht gegen das Häuflein der carlistischen Streiter, daß bald einer seiner Getreuen nach dem andern durch feindliche Geschosse tödlich durchbohrt neben Cano niederfiel. Wie ein Wunder war es, daß der junge Offizier in dem Kugelregen unversehrt blieb. Schließlich mußte aber auch er einsehen, daß einzig nur noch die Flucht ihn retten konnte.

Die tiefe Dunkelheit erschwerte und erleichterte ihm in gleichem Maße sein Fortkommen. So jagte er, dem treuen Pferde, das schon jahrelang sein treuer Begleiter war, und ihn im Kampfe, ohne zu scheuen, schon oftmals durch den heftigsten Kugelregen getragen hatte, die Sporen gebend, davon.

Es war so finster, daß er einen auch nur wenig entfernten Gegenstand nicht hätte erkennen können. So mußte er sich ganz auf sein Pferd verlassen. Wenn das Tier in der Dunkelheit einen Ausruf trat und fiel, war auch er verloren, denn die Christinos kannten gegen gefangene Feinde keine Gnade. Allein das edle Tier schien alle Gefahren instinktiv zu vermeiden, und trug seinen Reiter rasch und sicher durch die Finsternis-

plötzlich aber bäumte es sich hoch auf und blieb dann wie angewurzelt, heftig zitternd stehen.

Zugleich drang ein schwaches, sehr schmerzliches Stöhnen an das Ohr des jungen Offiziers. Er heugte sich nieder und gewahrte in dunklen Umrissen die Gestalt eines, wie es schien, schwer verwundeten Soldaten, der mit der Kraft der Verzweiflung die Fänge des Pferdes zu umklammern suchte. „Ein Verwundeter, dessen Rettung in meiner Hand liegt“, dachte Cano, und vorzüglich hob er den Verwundeten zu sich empor, um ihn sorgfältig vor sich aufs Pferd zu legen. „Die Kraft meiner Stute wird auch zu unfer beider Rettung ausreichen.“ Und, den Verwundeten vor sich, jagte er weiter, immer weiter in die Dunkelheit hinein. Anfangs vernahm er noch die Fußschläge der Verfolger hinter sich, allein sein rasches Pferd ließ dieselben bald weit hinter sich und trug ihn, ohne Spuren von Ermüdung zu zeigen, die ganze Nacht hindurch weiter.

Endlich begannen die ersten Strahlen der aufgehenden Sonne den Horizont zu färben. Erschöpft hielt Rodriguez Cano in seinem Ritt inne. Kein Laut war ringsumher zu vernehmen. Nun wandte er seine Sorgfalt dem vor ihm liegenden Verwundeten zu, der keine Lebenszeichen mehr von sich gab. Lebte er noch, oder war er während des raschen Nittes gestorben?

Cano wandte des Verwundeten Gesicht vorsichtig dem Lichte zu, kaum aber hatte er einen Blick darauf geworfen, so suchte er, wie von einem Feuerstrahl getroffen, zurück.

In dem ersten Strahle des aufgehenden Tages gewahrte er, daß der Verwundete, den er hier, nur noch halb lebend und fast unkenntlich von Blut und Staub, in seinen Armen hielt, kein anderer war als General Cabrera.

Der Verwundete stöhnte leise und murmelte das Wort „Wasser“.

Doch vergebens sah sich der junge Offizier nach Wasser um. Da ließ er seinem Pferde, dessen sichern Instinkt er kannte, freien Weg, und wirklich führte ihn das dürstende Tier bald zu einem murmelnden Quell.

(Fortsetzung folgt)

und, wenn die oberste Verwaltungsbehörde es nach Paragr. 436 gestattet."

Befreiung von der Versicherungspflicht.

Die Befreiung vom Versicherungszwang der Dienstboten ist in zwei Fällen vom Gesetz vorgesehen. Paragr. 440 bestimmt:

„Die Landesregierung kann bestimmen, daß Dienstboten nach diesem Gesetz versicherungsfrei sind, wenn für sie bei dessen Verkündung landesrechtliche Fürsorge im Krankheitsfalle getroffen ist. — Diese Fürsorge muß nach Umfang und Dauer mindestens den Regelleistungen der Krankenkassen gleichwertig sein, oder binnen sechs Monaten, nachdem dieses Gesetz in Kraft getreten ist, gleichwertig gemacht sein. — Für einen Dienstboten dürfen dabei nicht höhere Beiträge erhoben werden, als nach diesem Gesetz Beiträge auf ihn fallen würden.“

Eine weitere Befreiung vom Versicherungszwang der Dienstboten ist, lediglich im Interesse des Arbeitgebers, in Paragr. 418 vorgesehen, welcher lautet:

„Von der Versicherungspflicht wird auf Antrag des Arbeitgebers befreit, wer an diesen bei Erkrankung Rechtsanspruch auf eine Unterstützung, die den Leistungen der zuständigen Krankenkasse gleichwertig ist. Voraussetzung ist, daß

1. der Arbeitgeber die volle Unterstützung aus eigenen Mitteln leistet,
2. seine Leistungsfähigkeit sicher ist,
3. er den Antrag für seine sämtlichen in der Landwirtschaft Beschäftigten stellt, soweit sie durch Versicherung mindestens zwei Wochen versichert sind.“

Bei Paragr. 440 handelt es sich nur um den Fall, daß bereits zur Zeit der Verkündung der Reichsversicherungsordnung für die betreffenden Dienstboten Fürsorge getroffen war. Der Fall kann daher schließlich aus unserer Besprechung auscheiden.

Wichtiger ist der zweite Fall. In diesem liegt es ausschließlich in der Hand der Herrschaft, ob sie von dieser „Bergünstigung“ Gebrauch machen will. Eine wirkliche Bergünstigung ist darin kaum zu erblicken; denn 1. muß in jedem einzelnen Falle ein neuer Antrag gestellt werden, 2. kann der Dienstbote nicht zu einem Teil der Beiträge herangezogen werden, 3. findet von Fall zu Fall eine Untersuchung darüber statt, ob die Leistungsfähigkeit der Herrschaft für alle Fälle gesichert erscheint, 4. müssen sämtliche Dienstboten, wenn sie vertragsmäßig auch nur 14 Tage beschäftigt werden, jedesmal angemeldet werden. Das alles sind Scherereien, die sich die Herrschaft wohl überlegen mag, bevor sie von dieser „Bergünstigung“ Gebrauch macht. Wir können, wie gesagt, eine Bergünstigung darin nicht erblicken. Es ist lediglich ein Entgegenkommen den sogenannten Abonnements-Dienstbotenvereinen gegenüber.

Diese Dienstbotenvereine sind seinerzeit gegründet worden — und die Versicherungen bei Krankenhäusern stehen ihnen darin gleich — um den Herrschaften die Fürsorgepflicht, die ihnen Gesindeste und bürgerliches Recht auferlegten, ganz oder zum Teil abzunehmen. Was aber das neue Gesetz an Leistungen vorschreibt, geht weit über jene Fürsorge hinaus. Dazu kommt, daß die Herrschaft bei einer Befreiung von der Versicherungspflicht die volle Unterstützung aus eigenen Mitteln leisten muß, mit anderen Worten: für die Versicherungsbeiträge erklären diese Vereine bzw. Rückversicherungen nicht. Schon die Scherereien bei der Untersuchung der Leistungsfähigkeit der Herrschaft dürften für die Mehrzahl der Herrschaften ein Grund sein, auf diese „Bergünstigung“ zu verzichten.

Wie die Sache im einzelnen Falle liegt, mag jeder an Hand der Satzungen der betreffenden Vereine untersuchen, bevor er seine Entscheidung trifft. Der Punkt wird da die Hauptrolle spielen. Die Beiträge der Krankenkassen werden sich zwischen 25 und 45 Mark im Jahre bewegen. Da mag wohl mancher Abonnementsverein ein etwas billiger machen. Zu bedenken ist aber, daß dann die Herrschaft den ganzen Betrag zahlen muß, während bei der Krankenkasse der Dienstbote zwei Drittel übernimmt. Auch erhebt die Kasse während einer Arbeitsunfähigkeit des Dienstboten keine Beiträge, indes der Abonnementsbeitrag des Vereins weiter läuft und eventuell die Mitglieder zu Nachschüssen herangezogen werden.

Erwähnt sei noch, daß die sogenannten Erzählkassen bei den Dienstboten gesetzlich ausgeschlossen sind.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß dem Dienstboten das Krankengeld, das ihm während der Arbeitsunfähigkeit von der Krankenkasse gezahlt wird, am Lohn abgezogen werden darf. Paragr. 436 der Reichsversicherungsordnung, der hierbei in Betracht kommt, lautet nämlich:

„Der Dienstberechtigte kann das Krankengeld aus den Lohn anrechnen, den er dem Dienstboten während der Krankheit weiterzahlen hat.“

Die entgegenstehenden Vorschriften der Landesrechte sind durch diesen Paragr. aufgehoben.

Lieber die mögliche Befreiung von der Dienstbotenversicherungspflicht hat sich einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ gegenüber der stellvertretende Direktor des Oberversicherungsamtes, Oberregierungsrat von Gostowski ausgesprochen, und zwar in einer Weise, die unsere Mahnung, es sich wohl zu überlegen, ehe man einen Antrag auf Befreiung stellt, erst recht gerechtfertigt erscheinen läßt.

„Ich persönlich“, sagte der Herr, „bin der Meinung, daß es im öffentlichen Wohle liegt, nicht zu geringe Ansprüche an die Höhe der Leistungsfähigkeit zu stellen. Das Publikum ist sich vielfach über die Höhe der Kosten, die in dem Falle, daß ein Dienstbote erkrankt, eintreten können, nicht im klaren. Bei dem erweiterten Krankenschutz können diese Kosten unter Umständen die Höhe von 1000 Mark in einem einzelnen Falle erreichen. Tausend Mark aber wird zum Beispiel auch ein gutstauerter Beamter, der etwa 5000 Mark Einkommen hat, nur schwer bezahlen können. Ob sich ein solcher Mann, der ein Befreiungsgehalt einreicht, des vollen Risikos, das er eingeht, bewußt zu sein scheint, ist wohl zweifelhaft.“

Bei der Berliner Ortskrankenkasse sind bisher nach einer oberflächlichen Schätzung 15000 Befreiungsgehalte eingereicht worden. Die Kasse hat vorläufig alle Gesuche bewilligt, sich aber in dem Betrage, der nur für ein Jahr gilt, vorbehalten, die Beiträge nachträglich prüfen zu können. Dann würden, wie Herr von Gostowski meint, viele zurückgewiesen werden. Indessen dürfte bald eine gewisse Sicherheit in die Sache kommen, wenn einmal eine grundsätzliche Entscheidung der höchsten Stelle vorliegt.

Das Oberversicherungsamt hat bisher prinzipiell keine Stellung zu dieser Sache genommen. Doch wird eine einheitliche Regelung sehr bald von selbst kommen. Die erste grundsätzliche Entscheidung, die durch die Aufstellung des ersten Rechtsfreies herbeigeführt wird, muß natürlich für alle Kassen bindend sein.

Bis dahin sind sämtliche Kassen angewiesen, bei der Durchführung der Dienstbotenversicherung so viel als nur irgend möglich entgegenkommend zu sein.

Aus Westdeutschland.

— Köln, 20. Januar. Vier noch junge Verbrecher standen in der Person eines 17-jährigen Fürsorgezöglings, des 19-jährigen alten Hafenarbeiters Servatius Schütz, eines 19-jährigen Kesselschmiedes und eines 19-jährigen Arbeiters, alle aus Köln, vor dem Kölner Schwurgericht. Die vier Angeklagten führten mit noch zwei oder drei Kumpanen ein regelrechtes Räuberleben. Sie hausten in den verlassenen Kasematzen am Römerpark. Die Schwester des Kesselschmiedes ist Verkäuferin in der Filiale der Konsumgenossenschaft Hoffnung in Köln-Rodenkirchen; allabendlich fuhr sie mit dem ganzen Rassenbestand mit der elektrischen Bahn nach Hause. Es wurde nun der Plan gefaßt, die Verkäuferin zu überfallen und ihr die Tasche zu entreißen. Am 18. September faßten die beiden ersten Angeklagten den Entschluß, den Raub auszuführen. Sie gingen deshalb hinter der Dame her und nahmen sie dann in die Mitte. Der Fürsorgezögling entriß ihr die Handtasche, in der sich 390 Mark befanden. Mit dem Geld liefen die beiden auf den Dom zu, kauften sich neue Kleider und außerdem jeder zwei Browningpistolen. Schütz erhielt von dem Gelde zuerst 100 Mark und später nochmals 30 Mark. Der Bruder der Verurteilten erhielt 3 Mk. Das Urteil lautete gegen den ersten Angeklagten auf vier Jahre, gegen den Bruder auf 14 Monate und gegen den Arbeiter auf sechs Monate Gefängnis. Schütz, der nicht weniger als sechsmal wegen Diebstahls bestraft ist, wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

— Duisburg, 20. Januar. Nach den neuesten behördlichen Bestimmungen kann der endgültige regelmäßige Betrieb auf dem Rhein-Hernekanal im Jahre 1914 noch nicht eröffnet werden. Es soll vielmehr im Laufe des Jahres nur ein Probetrieb gestattet werden, dessen Beginn und Umfang sich gegenwärtig noch nicht übersehen läßt. Nach dem Ausweis der Hafenverwaltung verkehrten in den öffentlichen Häfen im Jahre 1913 rund 109300 Schiffe, 9900 mehr als im Vorjahre. Der Güterverkehr erreichte 26,8 Millionen Tonnen, 3,8 Millionen mehr als im Vorjahre. Mit Hinzurechnung der privaten Häfen der Werke dürfte der Verkehr insgesamt 40 Millionen Tonnen erreichen.

— Duisburg, 20. Januar. Der Beamtenwohnverein in Duisburg errichtet auf Hüdinger Gebiet inmitten von Wald- und Wiesenland eine in größten Abmessungen gehaltene Gartenstadt. Jede Wohnung erhält elektrisches Licht, Kochgas, Wasserleitung, Baderäume und rund 200 Quadratmeter Gartenland; außerdem werden für die einzelnen Mietergruppen Stallgebäude zur Kleinvieh- und Geflügelzucht gestellt. Die ganze Anlage wird durch sieben bis zwölf Meter breite Straßen in Blöcke geteilt unter Ausnutzung großer schattiger Spiel- und Erholungsplätze.

— Hamburg, 20. Januar. Die beiden 12 und 14 Jahre alten Kinder der Fabrikarbeiterin Rosda in Hamburg erkrankten vor einigen Tagen unter verdächtigen Erscheinungen und starben. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß beide Kinder einer Fleischvergiftung erlegen sind.

— Essen, 20. Januar. Hier hat sich auf der Eisbahn ein schweres Unglück ereignet. Dort brach beim Schlittschuhlaufen auf der sogenannten alten Ruhr, einem toten Flußarm, der 12-jährige Sohn eines Essener Regiermeisters ein. Einer von den Gefallen des Regiermeisters wollte dem Sohne seines Meisters zu Hilfe kommen und brach gleichfalls ein. Beide gerieten unter das Eis und ertranken. Auf dem Anger in Duisburg brach ebenfalls ein Mann beim Schlittschuhlaufen ein und ertrank.

— Essen, 20. Januar. Das Essener Schwurgericht verurteilte den Kriminalschutzmann Gerlitz, der eine amtliche Anweisung gefälscht hatte, um 20 Mark mehr für Auslagen zu erhalten, als ihm zustand, zu einem Jahr Zuchthaus.

— Frier, 21. Januar. Die mitgeteilte Verletzung der abgefeigten Soldaten der Maschinengewehrabteilung des 29. Regiments hat sich als unbedeutend herausgestellt.

— Koblenz, 21. Januar. Da das Eis auf der Bahn, der Nähe und dem Main feststeht und der Rhein selbst kein Eis führt, ist die Schiffbrücke vorläufig wieder eingefahren worden. — Auf dem Moselgüterbahnhof sind zwei Güterzüge aufeinander gestoßen. 20 Wagen wurden ineinander geschoben. Eine Anzahl Wagen ist fast vollständig, die anderen sind teilweise zertrümmert. Lokomotivführer und Heizer des fahrenden Zuges konnten sich durch Abspringen retten. Der Sachschaden ist sehr beträchtlich.

— Düsseldorf, 21. Januar. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Fiskler Wilhelm Bahr, der schon zehn Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern zugebracht hat, neben einer noch zu verbüßenden 13-jährigen Zuchthausstrafe zu weiteren sechs Jahren Zuchthaus. Bahr hatte sich am Abend des 5. Juli in das Besitztum des Wirtes Friedrich Lügenkirchen in Wiesbaden eingeschlichen und 1200 Mark bares Geld sowie für 1000 Mark Schmuckstücke entwendet. Als ihn der Wirt bei dieser Tat abfaßte, hat Bahr auf ihn geschossen, jedoch ohne ihn zu treffen.

— Krefeld, 21. Januar. In der holländischen Stadt Roermond vergnügten sich eine Anzahl Klosterbrüder mit Schlittschuhlaufen. Ein Student der Theologie brach ein und verfaßte. Ein Klosterknecht, der ihm zu Hilfe sprang, verfaßte ebenfalls. Beide wurden als Leichen geborgen. Es sind die Deutschen Lodhaus aus Neumünster und Schrage aus Düsseldorf. Beide standen im Alter von 20 Jahren.

— Duisburg, 21. Januar. Mit 1200 Mark schuldig geworden ist der Bureaugehilfe Artur Hein von hier, welcher für seinen Prinzipal diese Summe zur Bank bringen sollte.

— Duisburg, 21. Januar. Hier wurde im Hafen die Leiche des Schiffszehlers P. van Giefen aus Dordrecht gelandet, welcher Mitte November von dem Dampfschiff „Maria Philomele“ abstürzte und ertrank. Die Leiche wurde zum alten Friedhof gebracht.

— M.-Gladbach, 21. Januar. Pastor D. Weber von hier, der bekannte Vorsitzende des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, wird mit Rücksicht auf sein vorgerücktes Alter und seinen Gesundheitszustand zum 1. Oktober d. J. in den Ruhestand treten. Er wird seinen Wohnsitz nach Bonn verlegen.

— Solingen, 21. Januar. In ihrer Wohnung zu Rangendorf hat gestern Abend die Ehefrau des Fabrikarbeiters Thomsen ihren drei Kindern im Alter von 4 Monaten, 4 und 5 Jahren den Hals durchgeschnitten und sich selbst auf die gleiche Weise das Leben zu

nehmen versucht. Man fand die Kinder tot auf dem Bett liegend, während die Frau in der Nähe des Hauses tödlich verletzt aufgefunden wurde. Die Ursache zu der Tat sind unglückliche Familienverhältnisse.

— Hagen, 21. Januar. Das Frostwetter hat in dem wasserreichen Sauerlande besonders günstige Verhältnisse zum Eislaufen geschaffen. Fast alle Talsperrren sind zugefroren und bieten auf ihren von Bergen eingeschlossenen stillen Seen herrliche Eislflächen. Seit Sonntag ist auch der gewaltige See der Möhnetalsperre zugefroren. Auf seiner tragfähigen Eisbede tummeln sich Tausende von Menschen. Wenn das Wetter anhält, soll am nächsten Sonntag auf dem See ein Eisfest stattfinden.

— Gattingen, 21. Januar. Auf der Zeche „Rudolph“ brachen bei Bohrarbeiten mächtige Wassermassen aus. Das Wasser ergoß sich in die Strecken, riß Schienen und Schwellen auf und zertrümmerte schwere Steinmauern. Die Belegschaft konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Der Schaden ist bedeutend.

— Essen, 21. Januar. Im Holzlager der Firma Ziehshmann im Parallelhafen zu Duisburg entstand Großfeuer, das in kurzer Zeit auf die benachbarten großen Oel-, Teer- und Holzlager übergriff. Die Feuerwehr ist machtlos; der Schaden ist unübersehbar.

— Medlinghausen, 21. Januar. Da die Nachforschungen nach dem Mörder der Dienstmagd Michaeli bisher erfolglos geblieben sind, so hat der Regierungspräsident auf die Ergreifung des Täters und für Angaben, die zu seiner Ergreifung führen, eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Es wird jetzt auf einen etwa 21-jährigen Mann gefahndet, der am Nachmittage des Mordtages gegen 5 Uhr am Tatort mehrere Schüsse auf eine vorübergehende Frau abfeuerte.

Aus Stadt und Land.

— **Neun Arbeiter bei einer Explosion getötet** wurden bei Arbeiten an der Strecke der Canadian Northern Railway in der Nähe des Ortes Anuprior (Provinz Ontario). Eine Dynamitpatrone ging vorzeitig los und tötete sechs Arbeiter sofort vollständig, während drei andere so gräßlich verstümmelt wurden, daß sie kurz darauf starben.

— **Bei einem Dymnachtsanfall erfror** eine jung-verheiratete Frau in Ederdorf, die sich in geeigneten Umständen befand, wurde am Brunnen vor ihrem Hause erfrorzen aufgefunden. Die Bedauernswerte vermochte sich nicht mehr ins Haus zu schleppen.

— **Oberst Reutter in Montreux.** Schweizerische Zeitungen melden, daß der Kommandeur des 99. Infanterie-Regiments, Oberst von Reutter, sich augenblicklich in Montreux aufhält. Er sei zu einem längeren Aufenthalt in der französischen Schweiz in einem Hotel von Montreux abgestiegen.

— **Die Suche nach dem „A. 7“.** Nach den letzten Nachrichten glaubt man die Stelle gefunden zu haben, wo der „A. 7“ gesunken ist. Eine Torpedobootsflottille hat den betreffenden Ort im Kreis umgeben und mit den Taucherarbeiten begonnen. Der britischen Admiralität werden die heftigsten Vorwürfe gemacht über den Untergang des „A. 7“, da sie noch immer diese Serie von Unterseebooten im Dienst habe. Englische Blätter erinnern an den Artikel eines deutschen Blattes, in dem diese Unterseeboote mit „schwimmenden Sargen“ verglichen werden, und halten diesen Ausdruck für gerechtfertigt. Die Blätter weisen darauf hin, daß diese Unterseeboote in ganzen 13 Schiffe umfaßt, von denen bereits 5 bei verschiedenen Unfällen gesunken sind. Man fordert, daß diese Klasse unverzüglich außer Dienst gestellt werde.

— **Der Landgerichtsfriseur.** Am Montag wurde im Berliner Landgericht ein Engländer, der sich Reutter nennt und als Hochstapler angezeigt ist, auf Anordnung des Vorsitzenden von einem prächtigen Vollbart befreit. Der Vorsitzende hatte Herrn Jacques O'Connor, um ihn zu identifizieren, die deutsche Mäse seines blühenden Bartes durch einen schnell herbeigeholten Friseur wegrasieren lassen, und nun präparierte sich der Angeklagte sogleich gut amerikanisch. Sein bartloses Gesicht konnte nun mit einer Photographie aus San Francisco verglichen werden. Es kommt nicht alle Tage vor, daß jemand gegen seinen Willen den staltlichen Vollbart verliert. Der Friseur als Gerichtsassistent ist vorläufig noch eine seltsame Erscheinung. Man hat gesehen, daß Angeklagte ihre absichtlich schosle oder absichtlich elegante Kleidung wechseln mußten, um von Zeugen leichter erkannt zu werden. Daß einer zuerst aussieht wie Hermann Sudermann und fünf Minuten später wie Julius Caesar, ist im Gerichtssaale noch nicht dagesewen. Aber dergleichen Verwandlungen können im gerichtlichen Verfahren zuweilen nötig sein, eine richtig besetzte Straßkammer muß häufighin auch einen königlichen Landgerichtsfriseur zur Stelle haben! Die



Wenn ich die Kochvorschriften auf dem Paket genau beachte, schmeckt mir Kathreiners Malzkaffee ganz vorzüglich. Machen Sie einen Versuch!

schwierigste Arbeit dürfte er übrigens bei angeklagten Damen haben. Eine Hochstaplerin, die sich unkenntlich macht, indem sie sich als einfach geachtetes Weib aus dem Volke verkleidet, wird nötigenfalls manifestiert, freigesetzt, gepöbelt und lippengefärbt werden müssen. Ein großstädtisches Gericht wird ihn unerlässlich brauchen — den königlich preussischen Landgerichtssekretär!

Die Schworenen im Hochprozess haben für die ganze Dauer der Verhandlung auf ihre Diäten zu Gunsten von Hopps dritter Frau verzichtet, die sich in sehr ungünstigen Verhältnissen befindet und deren Gesundheit durch die Arsenvergiftung arg mitgenommen ist.

Der Mordprozess gegen den Grafen Mielzinski wird bereits am 20. Februar das Schwurgericht in Götting besetzt.

Ein Streit der Rechtsanwälte wird aus Genua gemeldet. Alle Gerichtsverhandlungen ruhen.

Gouverneur Pascha für Religion und Mäßigkeit. Der neue türkische Kriegsminister hat zwei Erlasse hinausgegeben, deren erster den muslimanischen und christlichen Truppen strenge Erfüllung ihrer religiösen Pflichten auferlegt, denn eine Armee ohne Religion habe keinen Wert; der zweite untersagt den Offizieren bei der Strafe der Entlassung oder Stellung zur Disposition, an öffentlichen Orten Alkohol zu trinken.

Um 40 Millionen handelt es sich bei einem Prozess, der in den nächsten Tagen in New York beginnen wird. Verwandte des im Jahre 1912 bei einer Automobilfahrt ums Leben gekommenen Ehepaars Fair haben Frau W. A. Vanderbilt auf Herausgabe des Erbes in obiger Höhe verklagt. Frau Vanderbilt, eine nahe Verwandte des Herrn Fair, hatte nach dem Autounfall durch Zeugnisaussagen bewiesen, daß Herr Fair seine Frau um einige Minuten überlebt habe und ihr daher die Erbschaft zufallen müsse. Jetzt soll ihr diese strittig gemacht werden.

Einem reichen Kaufmann versuchten am vierten Sonntag auf der Landstraße Oberburgen-Merchingen am Sonntag zwei Männer, indem sie den Postwagen anhielten. Durch kräftige Schläge mit dem Reitstock gelang es dem Postillon, die Pferde zum Galopp zu bringen, wodurch der Anschlag vereitelt wurde. Trotz sofortigen Einschreitens der Gendarmerie wurde die Spur der Wegelagerer noch nicht entdeckt.

Die Verhaftung des größten römischen Getreidelieferanten für die Armee, Magnani, deren Gründe vorläufig noch geheim gehalten werden, erregt großes Aufsehen. Ein entlassener Angestellter Magnanis namens Confalonieri hatte einem sozialistischen Abgeordneten Geschäftsbriefe für die Summe von 8000 Lire angeboten, um so erpresserische Mordversuche gegen den Getreidelieferanten durchzuführen. Der Abgeordnete übergab die Briefschaften der Polizei. Anscheinend sind die Dokumente so belastend der Natur gewesen, daß die Behörden zur Verhaftung Magnanis schritten.

Im Kampf gegen den Tango haben sich die Bischöfe die protestantischen Bischöfe und Pastoren, sowie die Rabbinen in Frankreich angeschlossen und ihren Gläubigen den Tango verboten. Nunmehr hat ein französischer Tanzmeister und „Tangoprofessor“ Klagen gegen den Bischof von Paris eine Schadenersatzklage von 100 000 Francs eingereicht. Der Tanzlehrer erachtet sich durch das Verbot des Tangos in seinem Erwerb empfindlich geschädigt. Die Zahl der Paare, die sich bei ihm im Tango zu den verschiedenen Familiensoireen vorbereiteten, werde immer geringer, und dadurch gehe ihm ein großer Gewinn verloren. Wenn das so weiter gehe, müsse er bald seine Tanzschule schließen. Der gute Tanzlehrer scheint ein schlechter Gesetzeskenner zu sein, sonst würde er wissen, daß auch im französischen Recht der Begriff dessen, „was gegen die guten Sitten verstößt“, eine Rolle spielt.

Die Genidharre ist unter den Soldaten des 2. französischen Linien-Regiments in Granville ausgebrochen. Verschiedene Soldaten liegen in hoffnungslosem Zustande darnieder. Es sind strenge Maßnahmen getroffen worden. Der Zutritt zur Kaserne ist verboten.

25 000 Francs für die Auffindung der Mona Lisa. Der Florentiner Antiquar Geri hat von der Gesellschaft der Doubrefreunde einen Preis von 25 000 Francs erhalten, der von der Gesellschaft ausgesetzt worden war für den ersten authentischen Bericht über den Verbleib der „Mona Lisa“.

Die Ermordung eines englischen Offiziers wird aus Indien gemeldet. Oberleutnant Walter vom 109. indischen Infanterie-Regiment ist am Dienstag von einem Soldaten seines eigenen Regiments erschossen worden. Ein eingeborener Unteroffizier, der seinem Vorgesetzten zu Hilfe eilen wollte, wurde durch Revolvergeschüsse tödlich verletzt. Der Grund zu der Tat ist darin zu suchen, daß der Mörder vor einiger Zeit von dem Oberleutnant zu 14 Tagen Arrest verurteilt worden war; dafür wollte er sich nun rächen.

Schreckliche Zustände wurden in einem Gefängnis in Saratoga (New York) gelegentlich einer Gerichtsverhandlung in der Abteilung für politische Gefangene aus Tageslicht gebracht. Eine Anzahl wegen politischer Untertanverbrechen verhafteter Personen, die wegen Fluchtversuchs vor Gericht standen, sagten aus, daß sie diesen Fluchtversuch nur vorgespielt hätten, um in andere Zellen überführt zu werden. Die Zellen seien dort

art überfüllt, daß es an Bewegungsraum und frischer Luft mangle. Der größte Teil der dort Untergebrachten sei dem Tode verfallen. Von 130 Gefangenen seien 100 gestorben, und die anderen hätten schweren Schaden an ihrer Gesundheit genommen.

Ein furchtbarer Hungersnot herrscht im mexikanischen Staate Sinaloa. Viele Hunderte erliegen täglich den Entbehrungen.

Sport und Verkehr.

Ein neuer internationaler Fußballwettkampf. Der Präsident des amerikanischen Aeroklubs gibt den Beschluß des Klubs bekannt, wonach das nächste große internationale Fußball-Wettkampftreffen am 6. Oktober dieses Jahres in Kansas abgehalten wird. An Preisen stehen 140 000 Mark zur Verfügung.

Auf dem Flugplatz Schleißheim ist der Militärflugführer Alfred Schweizer beim scharfen Nehmen einer Kurve abgestürzt und tot geblieben.

Scherz und Ernst.

Die Leibgarde der Kaiserin kann in diesem Jahre ein Jubiläum begehen. Am 28. Juni sind 25 Jahre verflossen, als auf Anordnung des Kaisers für seine Gemahlin eine Leibgarde gebildet wurde, die als zweiter Zug der Leibgardemarie in Potsdam besteht und mit diesen das gleiche Kasernement vor dem Brandenburger Tor in der Havelresidenz teilt. Zur Leibgarde der Kaiserin ist als Führer dieser Elitetruppe stets ein Offizier des Kürassier-Regiments „Königin“ (Pommersches) Nr. 2 in Potsdam kommandiert. Kommandeur der Leibgarde der Kaiserin und der Leibgardemarie ist als Generalkapitän der Schloß- und Leibgarde der Generaladjutant General von Scholl. Die Leibgarde der Kaiserin trägt bei Paraden und feierlichen Gelegenheiten die friedericianische Uniform der ehemaligen Bayerischen Dragoner, aus denen die Potsdamer Kürassiere hervorgegangen sind. Die Kaiserin legt, wenn sie bei Paraden zu Pferde erscheint, die gleiche Uniform ihrer Leibgarde an. Die Leibgardemarie des Königs ist im Jahre 1820 errichtet worden; der Oberwachtmeister der Truppe wird ebenfalls als sechster Wachtmeister des Regiments Garde du Corps geführt. Die sämtlichen Unteroffiziere und Mannschaften der Leibgardemarie und der Leibgarde, die beide zum Gardekorps gehören, sind von preussischen Kavallerie-Regimenten abkommandiert.

Ein Kriegsveteran aus den Feldzügen gegen Napoleon I. Dem Jaren ist in den letzten Tagen ein Invaliden vorgestellt worden, der schon die Kämpfe gegen Napoleon I. als Soldat mitgemacht hat. Der Veteran ist 136 Jahre alt.

Der Etat des amerikanischen Studenten. Interessant ist eine Verfügung des Rektors der Universität Cambridge, in der der Rektor erklärt, seinen Studenten mehr immatrikulieren zu lassen, dessen Jahresetat die Summe von 2800 Mark übersteigt. Veranlaßt wurde diese Verfügung durch das „ausgewählte“ Leben des Entfels des verstorbenen Millionärs Pierpont Morgan, Spencer Morgan, dem von verschiedenen Seiten vorgeworfen wurde, daß er während seiner Studienzeit einen außergewöhnlichen Aufwand treibe. Der junge Morgan hatte sich nun, um den fortgesetzten Angriffen zu begegnen, veranlaßt gesehen, eine Aufstellung seines Jahresbudgets dem Rektor zu überreichen. Aus dieser Aufstellung ging hervor, daß der junge Besitzer eines nach vielen Millionen zählenden Vermögens im Jahre genau die Summe von 4040 Mark verbrachte. Dem Rektor der Universität Cambridge erschien dieser Etat aber noch viel zu hoch, und er erließ daher eine Verfügung, die den Etat der Studenten von Cambridge ein für alle Mal auf 2800 Mark jährlich festsetzt.

Grand. Nicht das „höchste“ Spiel beim „deutschen Etat“ und anderen Kartenspielen, die sich immer noch französischer Ausdrücke bedienen, sondern leider ein anderer sichtbarer Mißbrauch dieses französischen Eigenschaftswortes ist hier gemeint. Zwar das „Grand Magazin“ (oder gar „Magazin“) oder der „Grand Bazar“ als Benennung der Warenhäuser scheint seit einigen Jahren nicht weiter um sich gegriffen zu haben; doch erfreuen sich so große und lebhaftes Handels- und Verkehrsmittelpunkte wie Nürnberg und Frankfurt am Main noch immer eines „Grand Bazar“ als des „erschaffensten Kaufhauses“. Außerordentlich weit verbreitet sind dagegen leider immer noch das „Grand Hotel“ und das „Grand Café“, und zwar sowohl in Verbindung mit den verschiedensten Eigenschaftswörtern als mehr oder weniger sinnvollen Zusätzen wie Grand Hotel Continental oder Grand Café Imperial usw. als auch ganz einfach als Grand Hotel und Grand Café. Dabei besteht im Wirtsgewerbe der Wahn, der wohl von den Besuchern geteilt werden dürfte, daß diese ziemlich anmaßende Selbstbezeichnung ohne weiteres einen Vorrang vor den Wettbewerbern festlegt. So ist kürzlich auch in einer sehr reichen und neuerdings mächtig aufblühenden Handelsstadt am Rhein ein alteingeführtes Kaffeehaus nach beträchtlichem Ausbau als „Grand Café“ eröffnet worden, und der Kölner „Pierstall“ bezeichnet sich als „Grand Hotel“. Ja, ja: „Großer Gasthof“ und ebenso „Großes Kaffeehaus“ dünkte die meisten wohl felt-

jam oder vielleicht gar spöttig; und doch gibt es in Altbayern, sogar in der Hauptstadt München selbst, mehr als ein kaffeehaus und kaffeehaus Wirtshaus, das „Großer Wirt“ oder „Großwirt“ heißt.

Ein Natten- und Mänscheer überflutete dieser Tage infolge einer riesigen Flutwelle der Flusingsucht die Stadt New York. Zu Tausenden drangen die Natten in die Bäden. Schreiend flüchteten Käuferinnen und Verkäuferinnen, und auch dem männlichen Personal blieb nichts übrig, als der Uebermacht das Feld zu räumen. Einem verstärkten Aufgebot gelang es nicht, die Tiere zu verschrecken, und erst die herbeigerufene Feuerwehr war in der Lage, den Platz von dem ekelhaften Getier zu säubern.

Humoristisches.

Der tüchtige Junge. Erste Mutter: „Mein Reginald muß jedes Jahr eine neue Serie Schulbücher haben.“

Zweite Mutter: „Da sollte er sich an meinem Harold ein Muster nehmen. Sehen Sie, mein Harold behält dieselben Bücher immer ganze drei Jahre.“

Das kleinere Uebel. Briggs: „Sie müssen doch eine Menge Sorgen damit haben, Ihre Frau so auf der Höhe der Mode zu erhalten?“

Driggs: „O ja; aber nichts gegen die Sorgen, die ich hätte, wenn ich es nicht täte!“

Der Unterschied zwischen Malz und Gerste ist nur sehr wenigen Menschen bekannt. Viele wissen nicht, daß Malz gekeimte Gerste ist oder glauben, das Keimen der Gerste sei von geringer Bedeutung. Malz ist aber nicht nur viel wertvoller als Gerste, sondern enthält auch Nährstoffe, die dem menschlichen Körper erst durch das Malzungsverfahren zugeführt werden können. Außerdem kann nur gute Gerste zum Keimen gebracht werden. Malz läßt sich aus schlechter Gerste also gar nicht herstellen. Wer z. B. Gerstenkaffee als Malzkaffee verkauft, macht sich strafbar. Der Unterschied ist allerdings für die Hausfrau schwer zu erkennen. Deshalb wird man bei sose ausgemessenen Malzkaffee immer vorsichtig sein müssen, abgesehen von der leicht möglichen Verunreinigung. Aus diesen Gründen wird der in der größten Malzkaffee-Fabrik der Welt hergestellte echte Kathreiners Malzkaffee nur in geschlossenen Paketen verkauft, die man sofort an der Schutzmarke, dem Kneipp-Bild, erkennt.

Marktbericht.

Frankfurter Schlachtviehmarkt. (19. Januar 1914.)

Preis für 1 Zentner	Lebend- gewicht	Schlach- tgewicht
Ochsen:		
Vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt	50—54	30—38
Junge, fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene	46—49	28—32
Nähig genährte junge, gut genährte ältere	43—45	27—31
Kühe:		
Vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes	48—50	28—32
Vollfleischige, jüngere	44—47	26—30
Färren und Kälber:		
Vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes	47—50	28—32
Vollfleischige, ausgewachsene Kälber höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	44—47	26—30
Ältere ausgewachsene Kälber und wenig gut entworfene jüngere Kälber	39—42	22—26
Nähig genährte Kälber und Färren	33—38	16—26
Lämmer:		
Doppellender, feinste Wast	—	—
Feinste Wastlämmer	—	—
Mittlere Wast- und beste Sauglämmer	60—64	102—104
Schafe:		
Wastlamm und Wasthammel	44	96
Geringe Wastlamm und Schafe	—	—
Schweine:		
Vollfleischige bis zu 2 Zentner Lebendgewicht	54	68—71
Vollfleischige über 2 Zentner Lebendgewicht	54	68—71

Getreide und Raps.

Die Preise verstehen sich für 100 Ko. marktfähige Ware.

Mainz, 16. Januar 1914.

Weizen	19.00—19.50
Diogen	16.00 16.50
Gerste	16.25—17.25
Haber	17.50—18.50
Raps	—

Kartoffeln.

Frankfurt a. M., 19. Januar 1914.	p. Doppelzentner
in Waggonladung	3.50—4.00
im Detailverkauf	4.50—5.00

Heu und Stroh.

Frankfurt a. M., 15. Januar 1914.	p. Ztr.
Heu	3.10—3.30
Stroh	—

Verantwortlich: Adam Etienne, Deffrich.

Christliche Kunsthandlung

Joseph Landmann

Johannisstr. 2/10 Mainz Gegründet 1882.

Werkstätten für kirchliche Kunst.

Kirchliche Geräte und Gefäße, Paramenten und Fahnen.

Religiöser Zimmerschmuck

Figuren, Gruppen, Steh- und Hängekreuze, Kunstblätter, gerahmt und ungerahmt.

Gebet-, Gesang- und Erbauungsbücher.

Devotionalien, Religiöse Geschenkartikel aller Art.

Krippendarstellungen in reichhaltigster Auswahl.

Abbruch-Materialien.

Stets grosses Lager in Türen, Fenstern, Haustüren, Glasabschlüssen, Bauholz usw.

Christ. Pilgenröther, H. Pilgenröther, Wiesbaden, Dotzheimerstrasse 75.

Großer Möbel-Verkauf

5 komplette Schlafzimmer-Einrichtungen in Eiche, Nuß- und Mahagoni.

Komplette Küchen-Einrichtungen,

nuß. Herrenschreibtische, nuß. Vertikow, nuß. Büffet, eich. Stuhl, Spiegel, Kleiderkasten, Kleiderbügel, Waschkommoden u. Nachttische mit und ohne Marmor, kompl. Betten, Tische aller Art, Rohr- und andere Stühle, Pfeiler- und andere Spiegel, Flurtoiletten, Panelbänke, Kameltischen und andere Sofas, Nipp-, Näh- und Bauernische, Schreibstischchen, Handtuchständer, Nähtische, Kommoden, Konsolen, Rohrstühle, Triumphstühle, Stühle, Notenständer, Bilder aller Art, Tisch- u. Chaiselongues, Nipp- u. Gebrauchsgegenstände.

Julius Jäger,

Winkel a. Rh. :: Hauptstraße 51.

Karl Klein

Uhrmacher :: MAINZ

Löwenhofstraße 4, parterre.

Silberne Herren- u. Damenuhren

genau gehend, von 9 Mk. an,

sowie Regulateure, Wecker,

Uhrketten, Medaillons,

Ringe, Ohrringe etc. in jeder

Preislage.

Reparatur-Werkstätte.

Zu billigen Preisen unter

Garantie.

Nisthöhlen

und Futterapparate

nach Vorschrift v. Berlepsch's

für die nistenden Singvögel

Illustrierte Preisliste gratis u. franko.

Rassanische Nisthöhlen-Fabrik,

Niederrhausen i. T.

Ein tüchtiger Weinbergsarbeiter

zur Uebernahme von ca. 4

Morgen Weinberge, 4 100 Mk.

im Akkord, neben täglicher

Arbeit bei gutem Tagelohn

im Hause gesucht.

Johannes Ohlig,

Weinhandlung, Winkel.

Schiffs-Dienstbuch

nach neuester Vorschrift

empfiehlt die

Druckerei des Bürgerfreunds

Oestrich.

nächsten Zeit freiverwendenden Posten des Bürgermeisters unverzüglich auszuweisen. Als Gehalt wurden von der Verammlung im 1.—3. Dienstjahr 4500 Mark, 4.—6. 5000 Mark, 7.—9. 5500 Mark und 10.—12. 6000 Mark festgesetzt. Es sind dieses 1000 Mark mehr, als der jetzige Bürgermeister bezogen hat. — In nichtöffentlicher Sitzung wurde wieder einmal über die Prozeßsache mit dem Rheingau-Elektrizitätswerke verhandelt. Zur Beratung lag der Vergleichsvorschlag des Wertes vor. Der Beschluß wird vorläufig geheim gehalten. Bekanntlich ist von dem Werke die Stadt zur Zahlung von rund 50 000 Mark verklagt worden.

Geisenheim, 21. Jan. Herr Kaplan Aloys Geis von Frankfurt ist als zweiter Kaplan nach Geisenheim versetzt.

Geisenheim, 21. Jan. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich vorgestern Morgen gegen 9 Uhr in der hiesigen Raschmashfabrik Johannisberg. Der Schlosser Joh. Weber von hier geriet mit der linken Hand in die Hobelmaschine, die ihm förmlich abgedrückt wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verletzte ins St. Josefs-Krankenhaus nach Wiesbaden gebracht, wo ihm die Hand sofort vollständig abgenommen werden mußte.

Rüdesheim a. Rh., 20. Jan. Die nachbenannten Legate sollen vergeben werden; Gesuche um Zuwendung sind bis Montag, den 20. Januar, nachmittags 6 Uhr, bei der hiesigen Bürgermeisterei einzureichen, und zwar mit der Aufschrift versehen, welches Legat nachgesucht wird: 1. das Richard'sche Legat zur Bekleidung zweier Konfirmanden; 2. das Raismann'sche Legat zur Unterstützung von Angehörigen der Raismann'schen Nachkommenschaft; 3. das Schlimm'sche Legat zur Ausstattung eines armen unbefähigten Mädchens; 4. das Saled'sche Legat zur Erlernung eines Handwerks; 5. das Karl Klein'sche Legat zur Unterstützung eines hiesigen hilfsbedürftigen Einwohners, dem ein Kind gefallen ist.

Rüdesheim, 20. Jan. Herr Gerichtsassessor Trimborn von Wiesbaden wurde dem hiesigen Amtsgerichte zur Beschäftigung überwiesen.

Vorchhausen, 20. Jan. In den Weinbergen wird auch während des Winters, wenn die Witterung es nur einigermaßen gestattet, fleißig gearbeitet, besonders ist man mit dem Düngen und Boden beschäftigt. Vor Eintritt der Kälte war auch schon der Rebchnitt in Angriff genommen worden. In geschäftlicher Hinsicht hat die Nachfrage bezüglich des 1912er eingekist, welcher Jahrgang von vorhandenen Lagerbeständen fast ausschließlich in Frage kommt. Der vielbegehrte 1911er ist hier gänzlich ausverkauft, 1913er Weine sind in Anbetracht des ungünstigen Herbstausfalles nur in kleineren Beständen vorhanden. In Vorchhausen wurde ein Posten 1912er Naturweine zum Preise von angeblich 1160 Mark per Stück ohne Faß verkauft. — Der Vorchhäuser Winzerverein gedenkt in diesem Jahre von der Abhaltung einer Weinversteigerung abzusehen und seine 1912er und 1913er Naturweine freihändig zu verwerthen.

Der Raubmord in Wiesbaden.

Die Ausschreibung der Staatsanwaltschaft, welche auf Ermittlung des Täters 500 M. Belohnung aussetzt, verzeichnet zunächst die Tatsache, daß am 19. d. M., nachmittags gegen 10 Uhr, in ihrer Wohnung, Zahnstraße 5, P., die 51 Jahre alte Ehefrau Elisabeth Schweizer, geb. Schulz, von einem am 11. d. M. dort eingezogenen Zimmermieter ermordet und dann mit einem Bindfaden am Bettpfosten aufgehängt und des in ihrer Kleidertasche befindlichen Geldes beraubt wurde. Das Ergebnis der weiteren Untersuchung, so weit es noch nicht bekanntgegeben wurde, lassen wir hier noch folgen. Die gerichtliche Leichenöffnung hat ergeben, daß der Täter die Frau am Hals gewürgt und ihr erhebliche innere, sowie äußere Verletzungen beibrachte. Verletzungen mit einem Messer oder Beil wurden dagegen nicht festgestellt. Da an der Nase, am Mund und an den Händen, sowie auf dem Fußboden sich Blut befand, so ist wohl anzunehmen, daß der Täter seine Kleider, und wohl hauptsächlich an den Ärmeln, mit Blut besetzt hat. Der Zimmermieter nannte sich der Frau Schweizer gegenüber bekanntlich Karl Müller und gab an, Drechsler zu sein. Nach den von ihm zurückgelassenen Arbeitskleidern ist zu schließen, daß er wohl Holzarbeiter — vielleicht Schreiner — ist.

Frankfurt a. M., 21. Jan. Dem Gismörder Hopf ist seitens seiner Verteidigung nahegelegt worden, gegen den Urteilspruch des Schwurgerichts keine Revision anzumelden und auch nicht die Gnade des Königs anzurufen.

Mildtätige Sammlung für Wally Hopf.

Frankfurt a. M., 20. Jan. Frau Wally Hopf ist durch die Gifte, die ihr Karl Hopf beigebracht hat, in ihrer Gesundheit schwer geschädigt. Die unglückliche Frau ist mittellos. Sie befindet sich vorläufig bei der Familie der zweiten Frau Hopf, doch kann sie deren Gastfreundschaft nicht auf die Dauer in Anspruch nehmen. Die Geschworenen des Prozesses Hopf haben auf die Diäten zugunsten von Frau Wally Hopf verzichtet. Es handelt sich aber darum, der Schweregeprüften die Möglichkeit einer Kur und ausreichenden Erholung zu verschaffen und ihr weiterhin Mittel an die Hand zu geben, sich eine Existenz zu gründen. Die Expedition der „Frankfurter Zeitung“ ist bereit, Gaben für Frau Wally Hopf in Empfang zu nehmen.

Der Mord in Queidersbach.

Queidersbach, 21. Jan. Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters wurden die unter dem Verdacht der Ermordung des Lehrers Wesner in Queidersbach befindlichen dortigen Einwohner Maurer Otto Straßer und dessen Schwager Tagelöhner August Müller nacheinander vom Amtsgerichtsgefängnis Landstuhl ins Landgerichtsgefängnis Weidenbrücken übergeführt. Beide gelten als die Weistbelasteten in der Morfsache. Sie leugnen die Tat entschieden und stellen Alibi auf, recht aufgeregt und schuldlos. Während Müller ein niedergeschlagenes Wesen zur Schau trägt, so weit die Verhafteten auf der Straße erkannt wurden, gab das Publikum wiederholt seiner Empörung Ausdruck. Die Untersuchung, die durch Aussetzung einer Belohnung von 500 M. für Ermittlung der Täter einen neuen Ansporn erhielt, wird in umfassendster Weise weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Einwohnerhaft alter dort wirkte, vor längeren Jahren heftige Kämpfe hatte. Damals streiften die Schüler und die Kgl. Regierung

verhängte über 300 Gulden Schulstrafen. Doch ruhte die Gemeinde nicht eher, als bis der Lehrer versetzt worden war.

Mainzer Karneval-Verein. Wieder haben ein fröhlicher Maskenball und eine ungemüßliche Familienfeier in der großen Stadthalle Mainz und seine nähere und weitere Umgebung in echt rheinischer Herzlichkeit vereint. Mit neuen Siegen sucht nun Prinz Karneval 76. fröhliche Gemüter unter sein farbiges Banner zu führen. Die große Herrenfeier am kommenden Freitag wird mit besonderen Ueberraschungen die Teilnehmer erfreuen und sich als eine lustige, siegreiche Kriegsfahrt der närrischen Flotte gegen das Philistertum und das große Meer seiner Väterlichkeit erweisen. In einem weiteren urfröhlichen Familienfest am darauffolgenden Sonntag wird des Prinzen Banner auf dem eroberten Neuland gehißt.

Bingen, 21. Jan. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Bau der neuen Rheinbrücke Bingen—Rüdesheim. Dem am Bau auf der rechten Rheinseite von der Firma Holzmann beschäftigten Zimmerpolier Conrad fiel von einer Höhe von 3 Metern eine schwere Kette von einem Kran auf den Kopf. Er erlitt schwere Verletzungen am Kopfe und wurde im bewußtlosen Zustande ins Krankenhaus zu Rüdesheim gebracht.

Bingen, 21. Jan. Eine eigenartige Erscheinung hatte der starke Besuch der auswärtigen Eisenbahnen gezeitigt. In Gausheim war der Besuch von Bingen aus so stark, daß die Kartenausgabestelle dort für die Rückfahrt nach Bingen nicht Fahrkarten genug hatte.

Bingen, 21. Jan. Schule gemacht hat hier der Trick, dem vor wenigen Tagen ein Pelzhändler zum Opfer fiel und der um ein Fell im Werte von etwa 300 Mark beschwindelt wurde. Zu einem anderen hiesigen Pelzhändler kam gestern ein besser angelegtes junges Mädchen und suchte sich eine Pelzgarnitur im Werte von 100 Mark aus. Da sie angab die Tochter eines hiesigen Arztes zu sein, gab der Geschäftsmann ihr die Garnitur anstandslos mit. Durch einen Zufall erfuhr die Frau des Geschäftsinhabers, daß der betr. Arzt gar keine erwachsene Tochter habe. Sofort wurde die Polizei benachrichtigt, die in Erfahrung brachte, daß das betr. Mädchen auf dem Markte die Garnitur aus der Papierhülle genommen und angezogen hatte. Nach einiger Zeit gelang es der Schwindlerin habhaft zu werden und zwar in dem Augenblick, als sie das Trajektboot nach Rüdesheim benutzen wollte. Es ist dieses die Kellnerin Brendel aus Mainz. Es wäre nun an der Zeit, wenn die Geschäftsinhaber Personen, die Sachen in größerem Werte zur Auswahl oder auf Kredit holen, sich genauer ansehen würden.

Bingerbrück, 21. Jan. Zu einem Zusammenstoß kam es auf dem Bahnhof von Stromberg. Der gegen 11 Uhr abends dort eintreffende Zug der Hunsrückbahn lief gegen den dort zu gleicher Zeit rangierenden Güterzug. Durch den Zusammenstoß begleitenden Stoß wurden die meisten Fahrgäste des Personenzuges von ihren Sitzen geschleudert. Mehrere erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen. Beide Lokomotiven sind schwer beschädigt. Der Materialschaden ist bedeutend. Für die Aufräumarbeiten und zur Aufrechterhaltung des Verkehrs wurde aus Simmern Hilfe gerufen. Der Zusammenstoß soll angeblich dadurch vorgekommen sein, daß ein Signalarms infolge des Frostes nicht einwandfrei funktionierte.

Von der Nahe, 21. Jan. Der obere Teil des Flusses führt starkes Treibeis. Die einzelnen Schollen haben bereits eine Dicke von 0.25 Meter erreicht. Sollte das kalte Wetter noch einige Zeit anhalten, dürfte der Fluß auch oberhalb Kreuznach in seiner ganzen Breite zufrieren. Es würde dann der seitene Fall eintreten, daß die Nahe in ihrer ganzen Länge von einer festen Eisschicht überzogen würde. Unter großen Betriebsstörungen haben die in der Umgegend von Monzingen belegenen, durch das Wasser der Nahe betriebenen Mühlen zu leiden. Es müssen ständig die Eisschollen von den Rädern ferngehalten werden.

Drei Personen beim Schlittschuhlaufen ertrunken.

Neuwied, 21. Jan. Auf einem Weiger bei Stadbach brachen beim Schlittschuhlaufen zwei junge Leute ein und gerieten unter das Eis. Man suchte sie zu retten, dabei geriet ein 17jähriger junger Mann ebenfalls unter das Eis. Das Rettungswerk war mit so großer Lebensgefahr verbunden, daß man den drei Leuten keine Hilfe bringen konnte. Sie fanden den Tod unter dem Eis. Zwei der Ertrunkenen waren Brüder.

Im Auto über den Main. Der hiesige Vertreter der Frankfurter Adlerwerke, H. J. Mayer, hat heute morgen mit seinem Kraftwagen bei Hochheim eine Fahrt über den zugefrorenen Main gemacht.

Ein mutiges Rettungswerk vollführte der 12-jährige Schüler Otto Knispel in Strausberg. Die achtjährige Agnes Brewitz hatte trotz der Warnung ihrer Eltern die Eisdecke des Straussees betreten, um Schlittschuh zu laufen, brach ein und wäre zweifellos ertrunken, wenn nicht Otto Knispel unverzüglich zu Hilfe gekam. Er kroch vorsichtig bis zur Unfallstelle und kam noch gerade rechtzeitig, um das Mädchen zu fassen. Mit vieler Mühe und unter großer Gefahr gelang es ihm, die Verunglückte auf festes Eis zu ziehen und ans Ufer zu bringen.

Letzte Nachrichten.

— Berlin, 21. Januar.

Opfer des Zabern-Streites.

Ein Wechsel in der reichsländischen Regierung? Nach der scharfen Stellungnahme, die am Montag die reichsländische Erste Kammer und mit ihr ein erheblicher Teil der reichsländischen Regierung gegenüber den Militärbehörden und gegenüber dem Strahburger Militärteil eingenommen hat, erwartet man auf allen Seiten eine baldige und sehr gründliche Umgestaltung der gesamten reichsländischen Regierung. Wie wir dazu an berufener Stelle erfahren, liegt Veranlassung vor, mit einem derartigen Wechsel zu rechnen; doch scheint es ausgeschlossen, daß der Statthalter Graf Wedel, der ja nicht eingeborener Elßässer ist, von dieser Umgestaltung betroffen wird. Dagegen dürften insbesondere Herr Born von Bulach und sein Unterstaatssekretär Mandel als Opfer des Zabernkrieges auf der Strecke bleiben.

Eine neue Zabernschlacht.

Die Zaberndebatte im Reichstage, die auf Grund der fortschrittlichen und sozialdemokratischen Interpellationen am kommenden Freitag und Sonnabend vor sich gehen wird, verspricht sehr „große“ Redekämpfe. Die Führer der verschiedenen Parteien werden ihre ersten Kräfte vorstücken. So werden für die Interpellanten die Abgg. Dr. von Liszt, der bekannte Rechtslehrer der Berliner Universität, sowie Dr. Friedrich Naumann sprechen. Die Sozialdemokraten haben gleich die größten „Kanonen“ vorgeföhoben, die sie haben, nämlich Brand, Ledebour, Heine. Für das Centrum ist der Abgeordnete Fehrenbach, der neulich schon in dieser Sache sprach, als Redner benannt, und für die Nationalliberalen werden der Leipziger Rechtsanwalt Dr. Jund und der schon im Abgeordnetenhaus hervorgetretene Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Schiffer das Wort nehmen. Von konservativer Seite sind der frühere Mittmeister Rogalla von Bieberstein, sowie der frühere Polizeipräsident von Schneberg, Graf Westarp, beide sehr temperamentvolle Redner, in Aussicht genommen.

Der Professor als Leichenschänder.

Einem schwungvollen Handel mit goldenen Gebissen soll der Leiter des Pathologisch-anatomischen Instituts, Professor Steinlauber in Graz nach einer bei der Staatsanwaltschaft eingegangenen Anzeige betrogen. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Verdachte einer verstorbenen Frau gleich nach der Sektion der Leiche ihr goldenes Gebiß geraubt und verkauft hat. Aber nicht nur mit Gebissen, sondern auch mit Zähnen, die er den Leichen abgeschnitten hat er einen schwungvollen Handel getrieben.

Zabern im Reichstage.

Die Renaissanc der Zaberndebatte im Reichstage, die aus der fortschrittlichen und sozialdemokratischen Interpellation zu erwarten ist, wird am Freitag erfolgen. Der Reichstag will nämlich bereits am Donnerstag abend mit der Generaldebatte zum Etat des Reichsamts des Innern fertig werden, und danach sollen dann die Interpellationen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Zur Frage des Submissionswesens.

Ueber den Grienzlampf des Mittelstandes sprach auf dem Verbandstage Deutscher Dachdecker-Innungen in Magdeburg Bürgermeister Dr. Eberle-Rossen, wobei er namentlich auf die Schäden des Submissionswesens hinwies und zur Herbeiführung besserer Verhältnisse die Forderung aufstellte, daß die Ausschreibungsunterlagen reformiert bzw. ein neues eindeutiges Formular geschaffen, besondere gesuchte Sachverständige zum Zwecke wichtiger Preisfestsetzung vor der Lieferungsabnahme herangebildet und die Qualität der gelieferten Arbeiten einer exakten Prüfung unterzogen werden soll. Es sei dringend notwendig, daß das Submissionswesen nicht schematisch für das ganze Reich festgelegt werde, sondern daß hierfür die einzelnen Fälle in den einzelnen Gemeinden berücksichtigt werden. So gut Landwirtschaft und Arbeiter eine Regelung der Preise anstreben, so gut könne auch das Handwerk darauf dringen. Ein fester Zusammenschluß des gesamten deutschen Mittelstandes zur Vertretung der berechtigten Forderungen der Handwerker sei im Interesse des gesamten deutschen Vaterlandes dringend notwendig. — Der Redner ertete lebhaften Beifall für seine Ausführungen.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus. — Auf Grund der Depeschen des Reichswetterdienstes.

- 23. Januar: Bedeckt, trübe, mäßiger Frost.
- 24. Januar: Meist bedeckt, trübe, Frost.
- 25. Januar: Heiter bei Wolkengzug Frost, rauher Wind.
- 26. Januar: Wolkig, windig, wärmer.
- 27. Januar: Ziemlich milde, bewölkt, Niederschläge.
- 28. Januar: Milde, starker Wind, feucht, Niederschläge.

Verantwortlich: Adam Etienne, Oestrich.

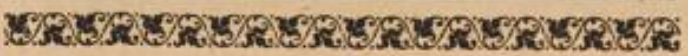
Immer mehr wird Tee, namentlich in den kräftigen Sorten, als tägliches Getränk bevorzugt. Von

MEESSMER'S TEEMISCHUNGEN

setzen sich London Tee à M. 2.60 und Englische Mischung à M. 3.20 das Pid. zum grossen Teil, Ceylon Indian à M. 2.8 und FF. Ceylon Indian à M. 3.50 das Pid. fast ausschliesslich aus feinen britisch-indischen Tees zusammen. Diese vier Mischungen verdienen ihres Wohlgeschmacks, ihrer Feinheit und grossen Ergiebigkeit halber ganz besondere Beachtung.

Sinweis.

Der Gesamt-Auslage dieser Nummer liegt eine Beilage betr. Inventur-Ausverkauf des Schuhhauses Leo Ganz in Mainz, Schusterstraße 10, bei, die wir gest. zu beachten bitten.



Karnevalverein Bingen a. Rh.

Die erste große Fremden- u. Damen-Sitzung findet

Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 5.11 Uhr,

im prunkvoll decorierten Thronsaal der „Binger Festhalle“ statt.

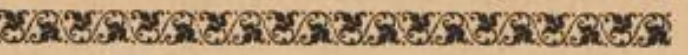
Kassendirektion: 4.11 Uhr

Musik: Kapelle des Inf.-Regts. 88 aus Mainz unter Leitung des Herrn Obermusikmeisters Jung.

Eintritt: Herren Mk. 1.50 inkl. Kappe, Damen Mk. 1.—

Ein närrisches Willkommen entbietet den Goldenen Rärinnen u. Narren das Elfer-Komitee.

Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt



Öffentliche Bekanntmachung.

In hiesigen Handelsregister Abteilung A unter Nr. 59 ist bei der offenen Handelsgesellschaft **Preißel & Co.**, in Eltville folgendes eingetragen worden:

Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Kaufmann **C. Brodt** in Wiesbaden ist Liquidator.

Eltville, den 12. Januar 1914.

Königliches Amtsgericht.

Nutz- und Brennholz-Versteigerung.

Am **Mittwoch, den 28. Januar 1914, vormittags um 9 1/2 Uhr** anfangend, kommen im Haingartener Gemeindefeld, im Distrikt „Schirm“ Nr. 31, 33a und 37a

- 38 Fichten-Stämme
- 5 Lärche-Stämme
- 190 Fichten- und Lärchen-Stämme I.-V. Klasse
- 1 Kiefern-Stamm
- 1 Eichen-Stamm
- 2 Kirschbäume
- 22 Knt. Eiche- und Lärche-Schichtungsholz
- 377 „ Buchen-Schichtholz
- 456 „ Buchen-Knüttel und
- 187 „ Reifernknüttel

zur Versteigerung.

Der Anfang wird in 37 gemacht.

Der Bürgermeister:
Dietrich.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, läßt Frau **Ph. Krayer Ww.** ihre in hiesiger und Winkeler Gemarkung gelegenen Grundstücke auf dem Rathaus dahier öffentlich, unter günstigen Bedingungen, zum Verkauf ausbieten.

Dietrich, den 20. Januar 1914.

Donnerstag eintreffend:

**Bratfische
Cablian**

Zu
den billigsten
Tagespreisen.

Heringe per Stück 6

Gemüse-Nudeln per Pfund von . . . 26 an

dto. bessere Sorten 32, 40, 45

dto. in Paketen 45, 50, 60, 80

Suppennudeln per Pfund 26, 32, 40

Zwetschen per Pfund 28, 36, 40

dto. feinste Sorten 45, 55, 68

dto. entsteint 50

Samos per Flasche . 1.- Mk.
feiner wohlgeschmeckender Dessertwein von der Insel Samos

J. Latscha,
Eltville.

Nassauischer Landeskalendar

Preis 25 Pfg.

Zu haben in der Buchhandlung von **Adam Etienne,** Oestrich a. Rh.

- 1a. wohlschmeckende Emulsion, 1 Fl. Mk. 0.90
3 Fl. Mk. 2.70 franco.
- Kraft-Emulsion, 1 Fl. Mk. 1.20, 3 Fl. Mk. 3.25
franco. Scott's Mk. 3.— franco.
- Deutsche Lebertran-Emulsion, 1a. Fabrikat,
1 Fl. Mk. 2.—, 3 Fl. Mk. 5.50 franco.
- Fenchel-Emulsion, sehr empfohlen, 1 Fl.
Mk. 2.—, 3 Fl. Mk. 5.25 franco.
- Kindermehle, bei 3 Dosen franco.
- Milchzucker, Paket 50 Pfg. und Mk. 1.—.
- 1a. Mediz. Dampftran, allerb. Qual., Pfd. 80 Pfg.

JOSEF GIERER, Mainz.

Telefon 2812. — Augustinerstrasse 60/62, am Kirchgarten.

Statt besonderer Anzeige.



Heute folgte ihrem heimgegangenen Gatten nach schwerem Krankenlager unsere liebe Tante

Susanne Döring,

geb. Beringer,

im 68. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Dr. Friedr. Rieche u. Frau,

Susanne, geb. Beringer.

Winkel, den 20. Januar 1914.

Die Beisetzung findet am **Freitag, den 23. ds., nachmittags 4 Uhr,** und das Seelenamt am **Samstag, den 24., morgens 7 1/4 Uhr** statt.

Vorschuß-Verein Eltville

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

910 Mitglieder
Reichsbank-Giro-Konto.

160.000.— Mk. Reserven.

Postcheck-Konto Nr. 451 Frankfurt a. M.

Ausführung aller ins Bankfach einschlagenden Geschäfte.

Der Vorschuß-Verein nimmt Geld an von Jedermann auch von Nichtmitgliedern als:

Sparkasse-Einlage zu 3 3/4 % Zinsen. Tägliche Verzinsung.

Darlehen gegen Schuldscheine mindestens M. 300.—, gegen halb- und ganzjährige Kündigung, zu 4 % Verzinsung.

Laufende Rechnung ohne Kreditgewährung (Scheckverkehr).

Mitgliedern des Vorschuß-Vereins werden Vorschüsse gegeben gegen Schuldscheine, Wechsel diskontiert. Kredite in laufender Rechnung gewährt.

Ferner werden besorgt:

Einzug von Wechseln und An- und Verkauf von Wertpapieren unter günstigen Bedingungen. Einlösung von Coupons schon 3 Wochen vor Verfall.

Der Vorstand ist zu jeder weiteren Auskunft gerne bereit.

Hut-Magazin
zum Pfau
Otto Häussler Mainz
Schusterstr. 2, Ecke Markt
Altrenommiertes Spezialgeschäft
für Herren- und Knaben-Hüte
Mützen.

FH 2886
Hut-Magazin am Leichhof
Fritz Häussler
MAINZ
Häufelstr. d. Strassenbahn

Wohnhaus zu verkaufen.

zweistöckig mit Hausgarten, Scheune, Stallung, Hauptstr. 16, Niederwalluf a. Rh. u. einige Grundstücke.

Auskunft: **Gruber, Ober-Rosbach v. d. S.**

Piano's eigener Arbeit

mit Garantie.
Rob. 1 Studier-Piano 1,22 cm h. 450. Mk.
2 Cäcilia A 1,25 " 500.
3 Rhenania A 1,28 " 570.
4 B 1,28 " 600.
5 Magenta A 1,31 " 650.
6 B 1,30 " 680.
7 Salon A 1,32 " 720.
8 B 1,34 " 750.
u. h. auf Raten ohne Aufschlag per Monat 15.— 20. Mk. Kasse 5 %.

Wilh. Müller, Mainz.

Kgl. Span. Hof-Piano-Fabrik, Gegr. 1843. Münsterstrasse 3.

Magenleidenden

und allen denen, die an — Verdauungsstörungen — Magenbeschwerden, Appetitlosigkeit, Verstopfung, Blähungen, Sodbrennen u. leiden, diene zur Nachricht, daß sich als vorzügliches Hausmittel die trefflichen Kräutertropfen „**Puritaner**“ sehr bewährt haben. Zahlreiche Anerkennungen über ausgez. Wirkung. Zu haben in Fl. à 1.20 und 3 Mk., Probefl. 0.60.

Otto Viller, Wiesbaden, Moritzstr. 12. Geg. Nachnahm.

Zu Oßern suche
1 Lehrling
und
1 Lehrmädchen
aus achtbarer Familie.
Ferd. Gumbly, Eltville
Kaufhaus
für Manufaktur-Konfektion, Kurzwaren und Damenputz.

Schöne 4 Zimmerwohnung

(1. Etage)
mit Küche nebst Zubehör
Mittelheim per sofort zu vermieten. Näh. Hauptstr. 6a, parterre.

Gutes zweifelhafteiges Bett

wegen Platzmangel billig verkaufen. Näheres
Geisenheim, Sollstr. 9a.

Für Schuhmacher!
Anpassungsstücke z. B. Sohlen, Fäden u. dgl. off. in Eltville für Mk. 7.50 gegen Nachnahme.
E. Schirmer, Eltville.

Spezialkur gegen Syphilis

Geschwüre, Flechten, Harnröhrenleiden
Ebrlich-Kata 608

Lichttherapie u. Blutuntersuchung.

Dr. med. Wagner, Mainz, Schusterstraße 54.

Sprechst. tägl. 9-1 u. 6-1, außer Montag.

Abbruch-Artikel

von besseren Villen etc., besonders Türen, Fenster, Eisenträger, Säulen, Monterrahmen mit Scheiben für Rolläden, Klosetts etc.

Schreinerei Gräf, Mainz
Jakob-Dietrichstr. 1.

AUCH ANKAUF.